

Volks-Tribüne.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 Mk. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 837 b des 16. Nachtrages zur Zeitungspreisliste.)

Redaktion und Expedition:
S. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4 spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aannahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expediteure:
„Merkur“ Zimmer-Strasse 54.

Nr. 12.

Sonnabend, den 22. Oktober 1887.

I. Jahrgang.

Inhalt:

Die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien. — Ueber Innungswesen. — Die Arbeitslosigkeit und die Gewerkschaften. — Fortschritte des Sozialismus. — Aus London. — Ibsen, Björnson und die Sozialdemokratie. — Die sächsischen Landtagswahlen. — Berliner Sittenbild. — Die Arbeitsbörse in Paris. — Strafgefangene und Lohnabzüge. — Verträgerische Geschäftspraktiken. — Zur Frage der Kinderarbeit.

Die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien in Deutschland.

Wenn das politische Leben eines Volkes von einer weitblickenden, vorurtheilslosen Vernunft und nicht von blinden, einseitigen materiellen Interessen beherrscht wäre, so würde der Sozialismus vielleicht in der vortheilhaften Lage sein, unter dem Schutze der vollsten bürgerlichen Freiheit heranzuwachsen, bis er dereinst selber zur Herrschaft berufen wäre.

In den ersten Jahren seines politischen Auftretens hat er auch zweifellos auf eine derartige Entwicklung gerechnet und darum nach Kräften den bürgerlichen Liberalismus im Kampfe gegen den Polizei- und Militärstaat unterstützt. Er ist der Letzte, dafür Dank zu beanspruchen, denn er that es nur, weil es in seinem Vortheil lag.

Um die Massen zu sich herüberzuziehen, mußte er hinaus vor die Menge treten — darum verlangte er volle Versammlungsfreiheit und trat für jene Partei ein, welche, im Gegensatz zu anderen Bourgeoisparteien, die Erhaltung und Entfaltung dieser Freiheit auf ihre Fahne geschrieben hatte. Mit seiner Presse und seiner volkstümlichen Literatur leuchtete der Sozialismus hinein in die Nacht veralteter Anschauungen und scheuchte die lichtscheuen Vorurtheile auf, die sich bei den Massen eingenistet hatten — wer wollte es ihm verargen, daß er darum das Recht der freien Meinungsäußerung in Druck und Schrift über Alles schätzte und der Partei freundlich gesinnt war, welche dieses Recht gegen einen gemeinsamen Gegner zu verteidigen versprach? Der Sozialismus konnte eine Verwirklichung seiner Pläne nur durch das Volk und gegen die Herrschenden hoffen — schien es da nicht nöthig, derjenigen Partei keine Verlegenheiten zu bereiten, welche den Schutz und die Ausdehnung der Rechte des Volkes befürwortete? Man konnte dieser Partei schon damals Lässigkeit in der Vertretung ihrer Grundsätze vorwerfen, aber es wäre falsch gewesen, sie darum grundsätzlich zu befehlen. Was von ihr für uns zu gewinnen war, mußten wir natürlich für uns erobern; sonst aber hätten wir allen Grund, Frieden zu wahren.

Mittlerweile haben wir nun in Deutschland eine Reihe in der Wirtschaftsgeschichte einzig dastehender ökonomischer Umwälzungen durchgemacht, durch deren Einfluß auch die alten Parteiverhältnisse wie Kartenhäuser umgeworfen worden sind. Die politische Einigung Deutschlands, der Milliardenzustuß und dann wieder der Schutzollsegen, ferner die offenen und versteckten Subventionen für gewisse Industrien — sie haben, zusammen mit anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, in einer Weise den Untergang des städtischen und ländlichen Kleinbetriebes befördert und das Fortschreiten des Kapitalismus beflügelt, wie dies in keinem anderen modernen Industriestaat in so rapider Weise geschehen ist. Was für unsere Nebenbuhler auf dem Weltmarkt sich als Anschwellen der gefährdeten deutschen Konkurrenz darstellt, das heißt für unsere inneren Verhältnisse: jähes Emporwachsen des Großbetriebes, rasende Vernichtung des Kleinbürgertums und Schaffung eines gewaltigen Proletariats, das sich immer mehr in bestimmten Mittelpunkten des Verkehrs sammelt und sich solidarisch fühlen und regen lernt.

Und dieses Proletariat in seiner Regsamkeit und wachsenden Unabhängigkeit und Auslehnung gegen wirtschaftliche Verklammerung ist es auch, was den Anstoß zu den neuen Parteigruppierungen giebt, wie sie den neuen wirtschaftlichen Zuständen und den damit gegebenen neuen wirtschaftlichen Interessen entsprechen und bei der gegen-

seitigen Abrechnung hat bisher der Liberalismus die Zechen zahlen müssen und er wird sie weiter zu zahlen haben.

Was hat denn dem Liberalismus den Lebensnerve abgeschnitten? Daß er schwächer und ängstlicher geworden ist, als er es etwa zur Konfliktzeit war? Man hört das zuweilen von rauhborstigen Demokraten noch behaupten, aber jeder Kundige wird wissen, daß gerade sein zahmes Auftreten es ist, was den Liberalismus vor seinem vollständigen Untergang gerettet hat, und daß die Masse der liberalen Wähler noch mehr nach rechts drängt, als die Führer heute schon sehen. Nein, was den Liberalismus lähmt und hemmt, das ist der Umstand, daß die Verwirklichung seines Programms der Bourgeoisie heute ebenso gefährlich und schädlich erscheint, wie es für dieselbe Klasse nützlich und fördernd erschien, solange die Regierung und Gesetzgebung noch nicht kapitalistisch, die Masse des Volkes noch nicht sozialistisch war. Solange die Regierung noch in feudalen Kreisen wurzelte und Anschauungen huldigte, welche den Interessen der Bourgeoisie oft zuwiderliefen, solange hatte die Bourgeoisie sehr dringenden und klingenden Anlaß, oppositionell zu sein, die Regierungsgewalt nach Kräften zu schwächen und den Einfluß des Volkes nach Möglichkeit zu erhöhen, um so mehr, als dieser Einfluß dem Besitze durchaus unschädlich war. Heute, wo die Regierung mit ganzen Fluthen kapitalistischen Oels gesalbt ist, hat das Bürgerthum alles Interesse, die Regierungsgewalt bis an die Grenzen des vollsten Absolutismus und der unumschränkten Militärdiktatur zu erweitern, die Macht des Volkes aber einzuschränken, weil diese Macht bei der früher ungeahnten Ausdehnung und politischen Schulung des Proletariats heute gegen den Besitz gerichtet ist.

Das Bürgerthum muß heute reaktionär sein und reaktionär bleiben, weil sein Klasseninstinkt, seine materiellen Interessen es so verlangen und immer mehr verlangen werden, je höher die Fluthen des Sozialismus steigen. Die ehemaligen Wortführer des Liberalismus haben unter solchen Verhältnissen nur die Wahl, sich dieser nothwendigen, weil in den materiellen Verhältnissen begründeten, Entwicklung anzupassen, oder mehr und mehr zu vereinsamen und zu Führern ohne Soldaten zu werden. Die Bennigsen und Miquel haben das Erstere, die Richter und Bismarck das Letztere vorgezogen — der Eine sieht mehr auf den Erfolg, der Andere mehr auf seine politische Ehre, am Resultat wird hierdurch nichts geändert.

Die jüngsten Wahlen haben uns nun gelehrt, daß der Umwälzungsprozess unter den bürgerlichen Parteien bereits soweit vorgeschritten ist, daß an eine liberale bürgerliche Aera in Deutschland niemals wieder zu denken ist. Wenn heute schon von dem letzten Häuflein der freisinnigen Wähler ein großer Theil in der Stunde der Entscheidung lieber mittelparteilich-gouvernemental als sozialistisch-oppositionell wählt, so beweist das, daß ein noch viel größerer Theil seinen Weg in das Regierungslager finden wird, wenn der Sozialismus künftig noch stärker und bedrückender auftritt.

Damit ist für den Sozialismus wohl die Situation nach vielen Seiten erschwert, aber auch geklärt und unendlich vereinfacht.

Erschwert ist die Situation insofern, als wir in Zukunft darauf verzichten müssen, für die parlamentarische Wirksamkeit den Rückhalt einer starken bürgerlich-demokratischen Fraktion zu haben. Aber dieser Rückhalt war einmal schon immer höchst zweifelhafter Natur, soweit es sich um wirtschaftlich-soziale Anregungen handelte — hier standen uns öfter sogar andere bürgerliche Parteien näher wie die Deutschfreisinnigen. Und zu Reformen auf politischem Gebiet hatte der linke Flügel der Bourgeoisie schon lange nicht mehr den Muth und die Kraft. Hier ist also für die Zukunft kaum noch etwas zu verlieren, was wir nicht schon verloren haben.

Dazu kommt, daß die „positive“ parlamentarische Thätigkeit, für die wir allerdings auf die Unterstützung anderer Fraktionen angewiesen sind, für uns gar nicht die Bedeutung hat, wie für andere Parteien, deren Bemühen sich nun einmal darin erschöpfen muß, mit neuen Fäden ein altes, zerfallendes Kleid herauszuputzen. Die gesetz-

geberischen Erfolge, wie sie heute — d. h. während des Bestandes der bürgerlichen Produktionsweise überhaupt — für uns möglich sind, wird man immer, bei allem unleugbaren Nutzen, für den Fortgang unserer Bewegung, für die Ueberwindung des heutigen Wirtschaftssystems, gering anschlagen müssen. Ganz unschätzbar ist für unsere Bewegung aber die „kritische“ Thätigkeit in den Volksvertretungen, weil dieselbe in gewaltigstem Maße die Aufklärung der Massen zu fördern vermag; und diese kritische Thätigkeit braucht selbst durch eine Verringerung der Mandate, wie sie im Februar dieses Jahres eintrat, nicht abgeschwächt zu werden. Die parlamentarische Vertretung der Sozialdemokratie ist nicht dazu da, um jeden Preis „etwas zu schaffen“, sondern sie hat ihre Stimme zu erheben, um den arbeitfeindlichen Klassencharakter parlamentarischer Anträge, Vorlagen und Beschlüsse zu brandmarken, um unerträglich die Ziele aufzudecken, denen unsere wirtschaftliche Entwicklung zusteuert, um die Ausbeutung aller Thätigkeit der Gegner zu enthüllen; sie hat für die Besitzenden und die durch den Besitz Herrschenden die Stimme des Gewissens zu bilden, die sich gerade dann um so lauter und ernster erhebt, wenn die Bourgeoisie — wie etwa beim Siege der Schutzoll- oder Kolonialpolitik — neue Triumphe errungen zu haben meint; sie hat da, wo Andere nur Licht sehen, auf die dunklen Schatten hinzuweisen, welche das Leben des Proletariats verdünnern; sie hat dies alles zu thun, um durch ihr Verhalten die Abkehr der Massen von der bürgerlichen Politik, ihre Gewinnung für die Arbeiterpartei zu beschleunigen und um das Zielbewußtsein der bereits sozialistisch Denkenden zu stärken und zu klären.

Nach diesen beiden Richtungen ist uns aber unsere Thätigkeit im Parlament nur erleichtert, wenn die Gegenätze eine Schöpfung angenommen haben, die an sich schon jedem in die Augen springt und zum Nachdenken auffordert, und wenn mehr und mehr die Konkurrenz aller Parteien hinwegfällt, welche mit der freiheitlichen Phrase noch spielen, ohne sie jemals in Fleisch und Blut umsetzen zu wollen und zu können.

Noch bei einer zweiten Gelegenheit ist uns heute die Deffentlichkeit nicht verschlossen: in der Wahlbewegung, und auch hier brauchen wir uns wahrlich nicht zu härmern, wenn die Illusion von der einstigen Wiederkehr einer liberalen Aera verpflogen ist und wenn daher keinerlei Rücksichten auf die ausserordentlichen künftigen Träger dieser Partei mehr geboten erscheinen. Der ganze Charakter der Wahlbewegung wird dadurch nur gewinnen. Auch die Wahlagitation hat für uns, wie man das anderwärts bisweilen beobachten kann, nicht den Zweck, möglichst viel „positive Erfolge“ zu erzielen, d. h. möglichst viel Mandate zu erschöpfen und möglichst viel Dumme hineinfallen zu lassen. Vielmehr soll sie für uns ebenfalls in erster Linie ein Mittel zur Aufklärung der Massen sein, ein Mittel, das um so unschätzbarer scheint, als ganze große Bevölkerungskreise erst bei den Wahlen sich um politische Fragen zu kümmern beginnen. Aufklärung der Massen bedeutet für den Sozialismus aber weiter nichts als Aufklärung über die Kulturfeindlichkeit der heutigen Repressivpolitik, Aufklärung über die Hoffnungslosigkeit der kleinstädtisch-demokratischen Bestrebungen, Aufklärung über die großen, heute Alles beherrschenden Klassengegensätze, und wir können uns unseres Erachtens nur Glück wünschen, wenn wir auch nach der liberalen Seite unsere Gegensätze schärfer betonen können, als wenn wir um gewisser Zukunftsimaginationen willen zarte Rücksichten mühen wälten lassen; und wir können uns weiter Glück wünschen, wenn die Gegensätze bei der neuen Parteikonstellation von selber so unvermittelt und scharf hervortreten, daß bei den Massen die Aufgabe der politischen Erziehung gewaltig erleichtert wird. So wird auch der Beschluß des St. Galler Parteitages, bei allen Wahlen von jedem Kompromiß und jeder Unterstützung anderer Parteien abzusehen, der Sozialdemokratie ebenso sehr nützen, wie er der bürgerlichen Demokratie den Todesstoß versetzen wird. Darüber mag sich eine kurzzeitige und kurzlebige Reaktion im Augenblicke freuen; es wird dereinst aber auch der Zeitpunkt eintreten, wo ihr vor den Folgen dieses Beschlusses bange wird.

Ueber Innungswesen.

□ Wir erhalten aus Rostock einen Zeitungsausschnitt mit einem Bericht über einen Vortrag, den ein gewisser Dr. Ad. Schulz aus Berlin dort über „die Bedeutung des Innungswesens in der Jetztzeit“ gehalten hat. Halt! dachten wir, der Dr. Ad. Schulz nennt sich „Sekretär des Zentralverbandes deutscher Innungen“, ist also ein von den Innungen in Sold genomener gelehrter Proletarier; die Innungen werden ihr Geld doch nicht an einen Strohkopf fortgeworfen haben, der Mann soll also endlich einmal sagen, wie die Innungen das Handwerk heben werden, wie sie dem Druck der heutigen kapitalistischen Herstellungsweise, die das Handwerk vernichtet, entgegenzutreten werden, um der „Arbeit“ gegenüber dem Kapital zum Recht zu verhelfen; nun werden wir endlich erfahren, was außer der Vergewaltigung der Arbeiter die Innungen sonst noch anstreben. Mit wahrer Eier ergriffen wir den Bericht über die Rede des Herrn, um ihn sehr enttäuscht mit einem „Ah! weiter nichts!“ aus der Hand zu legen.

Wie unwissend Herr Dr. Ad. Schulz, Sekretär des Zentralverbandes deutscher Innungen, auf dem Gebiete der Volkswirtschaft ist, zeigt die flache Behauptung: die Gewerbefreiheit von 1869 habe auf den bis dahin fest geschlossenen Handwerkerstand zersehnd eingewirkt. Der Herr Sekretär Dr. Ad. Schulz hat also von den gewerblichen Verhältnissen vor 1869 nicht die leiseste Kenntnis, nicht eine Ahnung. Er weiß nicht, daß damals die Zünfte, Innungen und Kämter der Handwerker nur noch als äußere Scheinformen bestanden, daß es damals schon in vielen Gewerben gerade so viel „Patentmeister“ als Zunftmeister gab, daß die Fabriken schon damals in die Zunftgerechtigkeiten weite Brechen gerissen hatten, daß schon damals ganze handwerksmäßige Gewerbe von der Fabrikindustrie vernichtet und vom Boden hinweggefegt waren.

Wir möchten den Herrn Dr. Ad. Schulz, Sekretär des Zentralverbandes deutscher Innungen, einmal fragen: Wo sind die Nagelschmiede geblieben? War es die Gewerbefreiheit, welche die selbstständigen Strumpfwirker vernichtete, oder die kapitalistische Herstellung der Waaren in Fabriken mit so verbesserten Maschinen, daß die Wirkermeister ihre Stühle, die 150 Thaler etwa gekostet hatten, für 50 Pfennige als altes Eisen verkaufen mußten? Wäre es diesen Wirkermeistern möglich gewesen, durch die Innungen, Innungsausschüsse und Innungsverbände ihre Herstellungsweise so zu gestalten, daß sie den Wettbewerb mit dem Großkapital, mit den Fabriken hätten aushalten können? Werden die Innungen, die Innungsverbände und Ausschüsse, wird der Zentralverband deutscher Innungen, dessen Sekretär und Agitator Herr Dr. Ad. Schulz ist, heute den Schuhmachern u. d. d. Hilfsmittel bieten, daß der kleine Handwerksbetrieb gegen den immer mächtigeren Andrang des von immer vollkommeneren und immer kostspieligeren Maschinen unterstützten fabrikmäßigen Großbetriebes auskommen kann? Und wie soll das geschehen? Herr Dr. Ad. Schulz, wie? Bitte, bemühen Sie sich doch, geben Sie uns eine Antwort. Sie sind doch dazu von dem Zentralverband deutscher Innungen in Sold genommen, um ihm Ihr Wissen zur Verfügung zu stellen. Nun zeigen Sie, was Sie wissen und können.

In Rostock hat sich Herr Dr. Ad. Schulz die Sache weit leichter gemacht. Er hüpft eben über die Entwicklung der Groß-Industrie, die dem Handwerk den Todesstoß gab, leicht hinweg, berührt sie mit keiner Silbe. Seine Zuhörer fragten ihn auch nicht danach, denn die wußten sicher von der wirtschaftlichen Entwicklung der Herstellungsweise noch weniger, wie Herr Dr. Ad. Schulz, sie glaubten ihm, als er ihnen sagte, an dem Niedergang des Handwerkes sei nur die Gewerbefreiheit schuld. Wenn die Innungen seit dem Inkrafttreten des Innungsgesetzes vom Jahre 1881 noch das Handwerk nicht gehoben hätten, so läge dies nur an den Mängeln des Gesetzes. Jetzt aber nach den „Verbesserungen“ an diesem Gesetz, die im Juli d. J. erfolgt sind, jetzt kann es dem Handwerk nicht mehr fehlen. Nun, wir werden ja sehen, ob in einem Jahr die Herren Zünftler nicht wieder schreiben, daß sie zu viel Pflichten und zu wenig Rechte haben, wie Herr Dr. Ad. Schulz behauptet, daß es bis zum Juli d. J. gewesen sei.

Die Zünftler verlangen das Recht, ihre Kundschaft zwingen zu können, beliebig hohe Preise für die Waaren zu zahlen und selbst den Arbeitern beliebig niedrige Löhne geben zu können. Das sind die Haupt- und Kernforderungen der Zünfte. So lange sie diese „Rechte“ nicht haben, werden sie immer meinen, sie haben zu viel Pflichten und zu wenig Befugnisse.

Den ersten Theil der Zünftler-Forderungen zu verwirklichen, ist keine Aussicht vorhanden, denn das hieße die Großindustrie unterdrücken, wozu die Innungsbewegung durchaus nicht die Macht und die Intelligenz hat.

Der zweite Theil der Forderungen ist daher für die Zünftler das eigentliche Feld, auf dem sie sich bewegen. Dies ist ja sogar von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ verschämmt anerkannt, indem sie vor einiger Zeit andeutete, wie diejenigen vielleicht nicht ganz Unrecht haben möchten, welche behaupten, den Innungen käme es mehr auf Lehrlingsausbeutung als auf Lehrlingsausbildung an.

Herr Dr. Ad. Schulz hatte also ganz guten Grund, wenn er über die Bedrängnis des Handwerkes, des Kleingewerbes durch das Großgewerbe leicht hinweghüpfte und dem zweiten Theile der Innungsforderungen, der Bekämpfung der Arbeiter seine Hauptaufmerksamkeit schenkte.

Die Innungen müssen das Lehrlingswesen in die

Hand nehmen, die Pflege des Herbergswesens, des Arbeitsnachweises, des Reisegehesenes in ihre Gewalt bringen, natürlich um den Gefellen goldene Brücken zu bauen. Brücken, die in die Verknechtung und Sklaverei führen müssen. Lehrvertrag, Lehrbrief und Arbeitsbuch sollen dann die Ketten sein, mit welchen man die Gefellen in der Knechtschaft festhalten will. Das sind wichtige Angelpunkte zum festeren Zusammenfinden in der Innung, sagt Herr Dr. Ad. Schulz. Und da hat er vollkommen Recht. Das ist der Angelpunkt des ganzen Innungswesens: Vergewaltigung der Gefellen, Ausbeutung der Lehrlinge.

Hand in Hand mit dem Streben, die Rechte der Innungen nach dieser Richtung zu erweitern, geht naturgemäß das Streben, die Rechte der Gefellen noch weiter zu unterdrücken. So wie das erstere Streben sich in dem Verlangen zeigt, alle Einrichtungen, von welchen die Gefellen Vortheile haben, von welchen sie abhängig sind in Krankheitsfällen, auf der Wanderschaft, in der Arbeitslosigkeit, in die Hände der Meister zu bringen, sie der Einwirkung der Gefellen zu entziehen und dann noch die Gefellen durch Arbeitsbücher beliebig maßregeln zu können, so zeigt sich das andere Streben in dem wiederholten Anrufen des Staates um weitere Verkürzung des Vereinigungsrechtes der Arbeiter.

Der Polizeidruck, unter dem die Arbeitervereinigungen leiden, unter dem sie verkümmern müssen; der bekannte Streik-Erlaß, der das Vereinigungsrecht der Arbeiter zur Erreichung günstiger Arbeitsbedingungen ganz hinfällig macht, die Art, wie die verschiedenen Vereinsgesetze gegen dieses Recht angewendet werden, alles dieses genügt den Zünftlern noch lange nicht. Sie schreiben in Petitionen nach noch weiteren Beschränkungen und könnten dadurch sogar die Regierungen in einige Verlegenheit bringen. Denn einmal legen die Zünftler dadurch klar, daß die so sehr begünstigten Innungen ganz unfähige und machtlose Körperschaften sind, die selbst beim stärksten Druck auf die Arbeiter gegen dieselben nicht aufkommen können, so lange den Arbeitern überhaupt noch irgend welche Bewegungsfähigkeit bleibt, zum andern ist schwer zu sagen, was eigentlich noch geschehen solle, um die Arbeiter den Zünftlern gefügiger zu machen? Die Regierungen stehen da, wie Gretchen im Faust. Sie haben für die Innungen so viel gethan, daß ihnen zu thun schier nichts mehr übrig bleibt, und immer verlangen die Innungen noch mehr, weil sie von einer „Hebung des Handwerkes“ durchaus noch nichts spüren. So wird es doch wohl nicht thunlich sein, daß die Anrede: „Meister, wir bitten um etwas mehr Lohn!“ die der Meister mit dem Tode des Verhungerens, durch die Arbeitsbücher, durch Beherrschung erhalten will, auch noch als Hochverrath mit dem Beile geföhnt werden muß.

Soviel über Herrn Dr. Ad. Schulz, den Sekretär des Zentralverbandes deutscher Innungen, so weit er ernst zu nehmen ist. Seine Rede faßt sich in die kurzen Worte zusammen: Meister, seid nicht dumm, gründet schnell Innungen, denn diese geben Euch die Macht, durch Lehrvertrag, Lehrbrief und Arbeitsbücher, durch Beherrschung des Herbergswesens, des Arbeitsnachweises, der Wanderunterstützung die Gefellen vollkommen von Eurem Banner abhängig zu machen, sie ohne Hinderniß vergewaltigen zu können. Gegen diese Innungsbestrebungen haben die Arbeiter sich energisch zu wenden, und besonders gegen die Einführung der Arbeitsbücher jeden möglichen gesetzlichen Widerstand zu leisten.

Damit aber dem Ernst auch die lustige Seite nicht fehle, verflocht Herr Dr. Ad. Schulz auch den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit in seine Rede. Wir sind an die Einführung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie als Reklamemittel für allerlei schwache Bestrebungen schon hinlänglich gewöhnt. Haben wir doch gehört, wie der heut moderne Humbug des sogenannten „Handfertigkeitunterrichtes“ in den Schulen, in der heutigen Form eine unschätzbare und nutzlose Spielerei, als ein Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie empfohlen wurde; würde es uns doch nicht überraschen, wenn die Herren Mey und Ebdlich ihre Stofffragen als Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie anpreisen würden; ein Antisozialisten-Schnaps oder ein Antisozialisten-Woll-Anzug würde uns nicht mehr überraschen, so sind wir auch nicht erstaunt gewesen, wenn der Herr Dr. Ad. Schulz, Sekretär des Zentralverbandes deutscher Innungen, am 4. Oktober d. J. im Livoli-Saale zu Rostock versprach, durch die Innungen der Sozialdemokratie „den Garau“ zu machen.

Man sagt uns, zur selben Zeit sollen in St. Gallen eine Anzahl Männer einen kaum überwindlichen Lachreiz verspürt haben. Einige haben dort in der Nacht einen schrecklichen Traum gehabt. Sie sahen sich umringt von einer Anzahl perückenbeschnürter, wohlgenährter Männer, die die Sozialdemokraten mit ihren Köpfen zu erdroffeln suchten.

Lieber, guter Herr Dr. Ad. Schulz, da haben Sie einen gelungenen Scherz gemacht und eigentlich die hohen Regierungen ganz respektwürdig verhöhnt. Was allen Ausnahmegesetzen, aller Verfolgung, allen Ausweisungen, allen Hausdurchsuchungen, allen Verhaftungen, allen Berurtheilungen, allen Nadelstichen und Keulenschlägen der Polizei nicht gelungen ist, Sie lösen es spielend mit Ihren In-

*) Wir wollen dabei nicht unbemerkt lassen, daß der Herr Sekretär des Zentralverbandes deutscher Innungen die Innungstrankenkassen ganz unerwähnt ließ, und zur Bildung solcher nicht aufforderte. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß diese Kassen den Innungen Geld kosten, und doch nur schlechte Mittel zur Vergewaltigung der Gefellen sind, man läßt sie also stillschweigend fallen.

nungen, mit diesen Innungen, die ohne die Polizeitrüde sich nicht einen einzigen Tag auf den Beinen halten würden! Sie sind ein spaßhafter Mann, Herr Dr. Ad. Schulz, obgleich oder vielleicht auch weil sie Sekretär des Zentralverbandes deutscher Innungen sind!

Die Arbeitslosigkeit in England und die englischen Gewerkchaften.

Die ganze Welt, soweit sie in den Strudel der kapitalistischen Produktion hineingerissen ist, seufzt heute unter dem Drucke der Arbeitslosigkeit. Die ungeheuren technischen Fortschritte der Neuzeit haben beständig die Arbeitsmenge vermindert, welche zur Herstellung der Güter aller Art nothwendig ist, und unter dem kapitalistischen System, wo die Arbeit beständig mit dem nothdürftigsten Lebensunterhalt bei der höchsten Arbeitsanspannung abgefunden wird, bedeutet das keine Erleichterung der Arbeit und keine Ausdehnung des Konsums für alle Arbeiter, sondern weiter nichts, als daß immer mehr und mehr Arbeiter „überflüssig“ und damit brodblos werden.

In England, dem industriell entwickeltesten Lande Europas ist dieser Zerfetzungsprozess naturgemäß am weitesten vorgeschritten. Wie weit, das läßt sich freilich nicht genau in Zahlen für das ganze Land feststellen; auch die englische Statistik hütet sich, solchen für das herrschende Wirtschaftssystem höchst peinlichen Thatfachen genauer nachzuforschen. Zuweilen ist aber das Geheimniß doch nicht streng zu wahren und es treten dann geradezu graufige Erfahrungen zu Tage.

So neuerdings in London.

Mancher unserer Leser wird sich vielleicht erinnern, daß vor etwa Jahresfrist die „Sozialdemokratische Föderation“ die Zahl der Arbeitslosen in London festzustellen oder doch zu schätzen suchte. Ihre Mittheilungen hielt man allgemein für übertrieben, denn danach hätten in den untersuchten Bezirken 32 1/2 pCt., also nahezu ein Drittel der Arbeiter keine Stellung gehabt. Das schien ganz ungläubhaft und es war wohl mit die Hoffnung, diese Aufsehen erregende Schätzung zu widerlegen, welche den Präsidenten des Local Government Board,*) Mr. Ritchie, bewog, im März dieses Jahres für gewisse Distrikte der Hauptstadt eine offizielle Untersuchung anzuordnen. Der Zeitpunkt war nicht schlecht gewählt, der Frühling bringt in London mit seinen riesigen Docken regelmäßig eine Belebung des Geschäftes mit sich, und diese Belebung steigerte sich diesmal noch in besonderem Maße, weil sich die englische Bourgeoisie bereits zur Jubiläumsfeier zu rüsten begann und darum ein ganz fabelhafter, sonst ungelannter Bedarf für Luxusartikel entstand. Alle Welt schmunzelte schon in Erwartung des günstigen Ergebnisses und man begriff Herrn Ritchie nicht, daß er mit der Veröffentlichung seines Materials so lange zögerte. Nachdem dies nunmehr geschehen ist, begreift man ihn allerdings: die Enquete spricht ein geradezu vernichtendes Urtheil gegen alle wirtschaftlichen Schönfärbereien. Freilich wird uns gleich abschwächend gesagt, man habe die auf den Fragebogen ertheilten Antworten nicht weiter auf ihre Richtigkeit hin geprüft; aber wenn man dadurch günstigere Zahlen hätte erhalten können, man hätte gewiß nicht darauf verzichtet. Jedenfalls liegt gar kein Grund zu der Annahme vor, daß die Antworten wahrheitswidrig ausgefallen seien.

Die Sachlage ist nun folgende. Von 31 365 ausgefüllten Fragebogen erwiesen sich 2184 als unwerthbar; die übrigbleibenden 29 451 umschließen eine Bevölkerung von 125 000 Personen. Von den 29 451 befragten Männern waren 8008, oder fast 28 pCt., weit über ein Viertel arbeitslos; 5964, oder 20 pCt., d. h. ein volles Fünftel, hatten seit mindestens einem Vierteljahre keine Arbeit. Stechen diese 28 pCt. sehr ab von den 32 1/2 pCt., welche die Sozialdemokratische Föderation für die wesentlich ungünstigere Zeit des harten Winters herausgerechnet hatte? Nein, die amtliche Untersuchung liefert nur eine Bestätigung des erschreckenden Bildes, welches die der Uebertreibung geziehenen Sozialisten entwarfen.

Die Enquete des Local Government Board betraf nur einen Theil Londons. Wenn dieser Theil typisch sein sollte für die Arbeiterviertel, dann würden wir etwa folgendermaßen weiter schließen können: 29 451 befragte Personen stellen nach der Enquete selber mit ihren Angehörigen etwa eine Bevölkerung von 125 000 Personen dar. Da die arbeitende Bevölkerung Londons auf etwa 2 Millionen zu schätzen ist, so wäre demnach die Zahl der selbstständigen Arbeiter — im Sinne der Fragebogen — auf eine halbe Million anzunehmen; von diesen wären fast 28 pCt. als arbeitslos zu betrachten, sodaß London also etwa 128 000 brotlose Arbeiter bergewürde, von deren Schicksal das Schicksal weit über 372 000 Menschen abhängt! Diesen Armeen des Elends steht allerdings die heutige Gesellschaft vollständig rathlos gegenüber.

Die Größe der angeführten Zahlen beweist schon zu Genüge, daß es sich bei ihnen nicht etwa bloß um ungelernete Arbeiter, um Handlanger und Tagelöhner handelt. Glaubt man aber noch eines Beweises zu bedürfen, daß auch die qualifizierte Arbeit dem Drucke der Arbeitslosigkeit mehr und mehr unrettbar erliegt, so betrachte man nur die Berichte der englischen Gewerkchaften. Die englischen Gewerkchaften umfassen bekanntlich die Aristokratie der Arbeit, aber auch diese Aristokratie wird in einer

*) Centralbehörde für die innere Verwaltung.

Weise von der Arbeitslosigkeit heimgeführt, daß sie mit den Ueberschüssen der fetten Jahre nicht mehr über die sich immer länger ausdehnende magere Zeit hinwegzukommen vermag; auch sie steht vor dem wirtschaftlichen Ruin.

Auch das mögen uns die offiziellen Zahlen beweisen, welche in einem Blaubuche enthalten sind, das kürzlich von John Burnett, dem Leiter des arbeitsstatistischen Büreaus von England, der Öffentlichkeit übergeben wurde. Die Zahlenangaben, die es enthält, sind von den Beamten der Gewerkschaften geliefert, auch John Burnett selber war einer der hervorragendsten und eifrigsten Gewerkschaftsführer. Wir können daher annehmen, daß die möglichst günstige Lesart vorgezogen worden ist. Und trotzdem zeigt die flüchtigste Untersuchung der gegebenen Zahlen jedem Denkfähigen, daß die britischen Gewerkschaften infolge der wachsenden Arbeitslosigkeit einer sehr schlimmen Zukunft entgegengehen.

Die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder Englands wird auf 600 000 geschätzt, über 196 341 von ihnen, die den 18 hauptsächlichsten Vereinigungen angehören, wird in dem Bericht Mittheilung gemacht. In 13 dieser Vereinigungen überstiegen im letzten Jahre die Ausgaben bei Weitem die Einnahmen. Zum Beispiel verausgabten die Vereinigten Maschinenbauer 7000 Pfd., die Eisengießer 8000 Pfd., die Dampfkesselarbeiter 16 000 Pfd. über ihre Einnahmen! Die Gewerkschaften, welche ihre Einnahmen nicht überschritten, waren: die Maurer- und die Schuh- und Stiefelzurichter-Gewerkschaft, die keine Arbeitslosen-Unterstützung gewährt, der Londoner Schriftsetzerverein, die Vereinigten Londoner Buchbindergehilfen und die Vereinigte Gewerkschaft der Eisenbahnangestellten.

Die Erklärung für die schlechte Finanzlage der Gewerkschaften findet man, wie gesagt, wenn man die Tabellen durchsieht, in denen die für Arbeitslose ausgegebenen Summen aufgezählt sind. Wir finden da unter anderem folgende riesenhafte Summen:

	Pfd.	Stg.
Maschinenbauer	86 460	
Zimmerleute und Bauhandwerker	40 752	
Dampfmaschinenarbeiter	5 823	
Eisengießer	32 856	
Kesselarbeiter	37 414	
Modellirer	2 267	
Londoner Schriftsetzer	5 442	
Grobschmiede	2 923	
Summa:	Pfd. 213 937	

Das heißt: acht Gewerkschaften gaben im Zeitraum eines Jahres über 4 1/4 Millionen Mark aus, um ihre arbeitslosen Mitglieder vor den äußersten Entbehrungen zu schützen! Bei 131 000 Mitgliedern waren in diesen acht Gewerkschaften durchschnittlich nahezu 15 000 im Vorjahre brodlos. Und diese auf die Dauer ganz unerträglichen Verhältnisse zeigen auch nicht die Spur einer Besserung; im Gegentheil, sie sind immer trübseliger geworden. Folgende Zusammenstellung giebt die Zahl der Mitglieder und der Arbeitslosen für die oben aufgeführten acht Organisationen wieder:

Jahr	Gesamtzahl der Mitglieder	Arbeitslose
1876	101 845	4 508
1877	105 745	5 605
1878	105 235	7 794
1879	102 318	14 746
1880	103 784	7 194
1881	109 540	4 583
1882	121 698	2 931
1883	128 280	3 552
1884	131 565	11 361
1885	133 131	13 941
1886	130 845	14 899

Man sieht, daß die Zahl der Unbeschäftigten in den Jahren 1879 bis 1879 sich erhöhte und alsdann bis zum Jahre 1882 abwärts ging, von da ab aber wieder stieg, bis sie im Jahre 1886 ihren Höhepunkt erreicht hat. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Zahlen für dieses Jahr sich als noch höher erweisen. Ebenso muß beachtet werden, daß die Zahl der Mitglieder jetzt, wie im Jahre 1878, mit der Zunahme der Beschäftigungslosen zurückgeht und voraussichtlich weiter zurückgehen wird.

Nach dem Zensus von 1881 sind in England beinahe 8 Millionen Personen in der Industrie beschäftigt. Nun haben wir aus den offiziellen Berichten nachgewiesen, daß ein Achtel der Mitglieder in acht der größten Vereine unbeschäftigt sind. Jedermann wird zugeben, daß der gelernte und organisierte Arbeiter zum mindesten eine ebenso gute Aussicht auf Beschäftigung hat, als der ungelernete und nicht organisierte. Und so wird Niemand leugnen können, daß bei der Gesamtheit der Arbeiterschaft mindestens dasselbe Verhältnis vorausgesetzt werden muß. Demnach ist es augenscheinlich, daß es in diesem, dem vielgerühmten Jubiläums-Jahr, zum mindesten eine Million unbeschäftigter Arbeiter in England giebt, die mit ihren Angehörigen etwa eine Bevölkerung von vier Millionen umfassen.

Kann eine Gesellschaft, die nicht in die Barbarei zurückfallen will, auf die Dauer eine solche Auflösung aller geordneten Lebensverhältnisse ertragen? Und können vollends gar die selbst während des besseren Geschäftsganges schlechtgelohnten Arbeiter soviel in Unterstützungsklassen zurücklegen, daß sie in der Periode der Stockung und des Stillstandes leben können? Nein, sie können es nicht. Wenn selbst so wohlhabende und festgewurzelte Gewerkschaften wie die der Maschinenbauer dem immer stärkeren Anprall der Arbeitslosigkeit zu erliegen beginnen und anfangen, mit Defiziten zu wirtschaften, so wird bei anderen Organisationen und weniger günstig situierten Arbeitern das Mißverhältnis zwischen Einnahme und Bedarf ein noch viel klaffenderes sein, und es wird um so schlimmer

werden, je mehr die guten Jahre zusammenschumpfen und Stockungen und Krisen dauernd zu werden beginnen.

Als Organisationen zum Lohnkampf sind die Gewerkschaften heute schon nahezu hilflos gegen das übermächtige Kapital. Als Unterstützungsklassen gehen sie, wenn die Verhältnisse sich so weiter entwickeln, ihrem Bankrott entgegen. Was bleibt ihnen da weiter übrig, als politische Organisationen zu werden und auf die Umänderung des Wirtschaftssystems hinzuwirken, das heute solche verhängnisvolle Folgen für die Arbeiter erzeugt? Die Gewerkschaften haben sich lange gegen das Betreten dieses Weges gestäubt und sie thun es noch, aber ihr eigenes materielle Interesse wird ihnen bald keinen anderen Weg mehr offen lassen.

Fortschritte des Sozialismus.

4. Spanien.

Für die spanische Arbeiter-Partei berichtet die Redaktion des „El Revolucionario“ in Madrid an den Kongreß der Sozialistischen Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten ungefähr Folgendes:

Unsere Partei wurde im Jahre 1878 als geheime Gesellschaft von ein paar Arbeitern gegründet, welche der Regierung opponierten und sich ausdrücklich als sozialistische Partei erklärten. Die Majorität dieser Gruppe unserer Partei setzte sich aus der Internationalen Arbeiterpartei fort und beschloß, trotz der Anfeindungen der Anarchisten auf dem Kongreß zu Hava als Arbeiterpartei in die politische Aktion einzutreten.

Das Programm, welches dort angenommen wurde, enthält folgende Punkte:

1) Die Nothwendigkeit der arbeitenden Klassen, in die politische Aktion einzutreten.

2) Die Umwandlung der von einzelnen Individuen besessenen Arbeits-Instrumente in gemeinschaftliches Eigenthum der Gesellschaft.

3) Die Organisation von kooperativen Gesellschaften, welche, wenn im Besitz von Arbeits-Instrumenten, den kollektiven Betrieb in die Hand nehmen sollen.

Dieses Programm wurde in Form eines Manifestes verbreitet und es wurde eine Agitationsreise unternommen, welche die Gründung von Gruppen in vielen Orten zur Folge hatte. Trotz verschiedener Schwierigkeiten, hervorgerufen durch die absurden Ideen über „legale“ und „illegale“ Parteien, schritt die Partei thätig vorwärts, gegenseitige Diskussionen fanden statt.

Gegen das Ende 1885 ward der Anfang gemacht, einen Fonds zu gründen zur Beschaffung eines Blattes. Broschüren wurden in Masse verbreitet und bald darauf der „El Socialista“ gegründet. Von da an wurden in kurzer Zeit 120 neue Gruppen gegründet. Ferner wurden Werke von Marx, Engels, Jules Guesde u. überfetzt. Sozialistische Zeitschriften erscheinen: „La Acracio“, eine Revue in Buchform, „El Socialismo“, halbmonatlich, „El Productor“, Wochenchrift.

5. Dänemark.

Der Bericht der sozialdemokratischen Partei in diesem Lande knüpft an die Wahl von 1884 an, bei welcher zwei Kandidaten der Partei erwählt und etwa 7000 Stimmen für sie abgegeben wurden. Die Verfolgungen blieben auch nicht aus. Der Sozialismus breitete sich in den Provinzen aus, wo eine große Anzahl von Zweigvereinen gegründet wurden.

Das offizielle Organ der Partei ist der „Sozial-Demokraten“, dessen Verbreitung den Fortschritt der Sache am besten nachweist. Seine Abonnentenzahl stieg innerhalb zweier Jahre von 12 000 auf 18 000. Eine wöchentliche Zeitung in Aarhus wurde unter dem Namen „Demokraten“ in ein Tageblatt verwandelt, das beständig an Verbreitung gewinnt.

Die Partei fördert die Gewerkschaften auf das Eifrigste und erfolgreich. Fast in allen Gewerben bestehen solche. Der Streik der Weißgerber dauerte 4 Monate und endete mit einer wesentlichen Lohnerhöhung. Die Küfer wurden 6 Monate lang ausgesperrt und mußten nachgeben. Die Weber erlangten einen kleinen Vortheil nach einem langen Kampfe.

Im Jahre 1885 entfaltete die Partei eine rege propagandistische Thätigkeit. Sie hielt 242 Versammlungen ab und majorisirte fünf, die von Gegnern einberufen worden waren. Am 13. September fanden 14 Versammlungen an verschiedenen Orten statt. In 26 dieser Versammlungen waren mehr als 400, im Ganzen über 200 000 Personen anwesend. In den übrigen Versammlungen betrug die Zahl der Theilnehmer beläufig 240 000 Personen. Die Zahl der Mitgliedschaften im Lande beträgt 36.

Diese Fortschritte gefielen den Gegnern nicht. Sie suchten die Partei zuerst vom Ratheder herab zu bekämpfen, als dies jedoch keinen Erfolg hatte, nahmen sie ihre Zuflucht zu provisorischen Gesetzen, welche ohne Genehmigung des Parlaments in Kraft traten. Das erste Opfer derselben war Genosse B. T. Holst, der in Kolding nach einer Versammlung verhaftet wurde. Trotz aller Unterdrückungen stieg die Zahl der Abonnenten des „Sozial-Demokraten“ auf 20 000.

Der Bericht nimmt sodann Bezug auf den bekannten langen Kampf zwischen dem Liberal-Demokraten und den Reactionären, bei welchem die Arbeiter auf Seite der Gegner der Regierung stehen. Dafür versucht diese, die Organisationen derselben zu zerstören. Auf ihren Einfluß hin stellten die Fabrikanten an die Metallarbeiter die Forderung, aus deren Organisation zu scheiden. Ein

Ausschluß erfolgte, doch blieben die Arbeiter nach langem Kampfe siegreich.

Im Jahre 1886, als es in Kopenhagen wenigstens 12 000 arbeitslose Männer und Frauen gab, forderte die Partei für sie Hilfe. Im „Folkething“ war im Jahre 1885 ein Gesetz angenommen worden, welches den Unbeschäftigten direkte Unterstützung aus der Staatskasse zusprach; im „Landsting“ wurde das Gesetz nach den Wünschen der Regierung verworfen. Private Sammlungen ergaben die Summe von 98 420 Mark, wovon 45 668 Mark von Arbeiter-Organisationen kamen. Im Jahre 1886 brachten die Arbeitervertreter im Parlament einige Gesetzentwürfe betreffs Unterstützung der Arbeitslosen ein, sowie für den Bau von Arbeiterwohnungen. Die Regierung wies diese Gesetze ab; sie wollte nur Geld zur Befestigung von Kopenhagen. Versuche, Parteigenossen in den Stadtrath zu wählen, scheiterten an dem hohen Census, der an das Wahlrecht geknüpft ist.

Trotz beständiger Verfolgungen wurde die Agitation der Partei energisch fortgesetzt. Die dänischen Arbeiter beteiligten sich auch durch 14 Delegirte an dem skandinavischen Arbeiterkongreß in Gothenburg. Am Ende des Jahres wurde eine dauernde Kommission für ein gemeinsames Vorgehen der Arbeitervereine ernannt. Und um den größtmöglichen Vortheil unter den gegenwärtigen Umständen für die Partei zu erzielen, wurde eine Arbeiter-Bäckerei errichtet, die so gut ging, daß sehr bald eine Vergrößerung durch einen Neubau nöthig war.

Protestversammlung gegen das Chicagoer Urtheil.

London, 18. Oktober. Am vorigen Freitag fand hier eine große von Anarchisten, Sozialdemokraten und Radikalen einberufene Versammlung statt, um gegen die Verurtheilung der acht Chicagoer Anarchisten zu protestiren. Den Vorsitz führte ein — Pfarrer, Herr Stuart Headlam. In seiner Einleitungsrede meinte er, daß sich jeder Radikale Englands in dieser Frage den Anarchisten anschließen und gegen den absolut ungerechten Urtheilspruch des Chicagoer Gerichtshofes Widerspruch erheben werde. Nach seiner Ansicht handle es sich hier um eine internationale Frage; die freie Rede solle in Amerika unterdrückt werden, und dieses System werde auch in England bald Nachahmung finden. Daher sei es Pflicht jedes freiheitsliebenden Bürgers, gegen das Urtheil zu protestiren.

Nachdem eine Anzahl zustimmender Briefe von radikalen englischen Klubs verlesen worden waren, ergriff Frau Wilson, die Führerin der englischen Anarchisten, das Wort. Sie schilderte in geradezu großartiger Rede die Vorgänge, welche den Gegenstand der Anklage bildeten, die Gerichtsverhandlungen und das Erkenntniß des Appellgerichtes, und stellte den Antrag, die in gedruckten Exemplaren vertheilte Resolution als Kabeltelegramm der amerikanischen Anarchistenpartei zu übermitteln. — Unter den übrigen Rednern traten besonders William Morris und Bernhard Shaw von der Socialist League, sowie Annie Besant, die Führerin der englischen Frauenbewegung und die beiden Russen Fürst Peter Kravotkin und „Stepniak“, der Verfasser des „Unterirdischen Rußland“ hervor. Zum Schluß wurde die von Frau Wilson vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen und beschlossen, dieselbe als Kabeltelegramm nach New-York zu senden. — Die Versammlung war von etwa 2000 Personen besucht, von denen etwa hundert der anarchistischen Richtung angehört haben mögen.

Ibsen, Björnson und die Sozialdemokratie.

Kopenhagen, 17. Oktober. Die „wohlgefünnte“ Presse der skandinavischen Länder befindet sich gegenwärtig in einer nicht geringen Aufregung. Bisher hat sie unsere beiden Dichterhelden Björnson und Ibsen auf alle erdenkliche Weise gefeiert, und selbst der Republikanismus, den Björnson seit einigen Jahren ostentativ zur Schau trägt, that dieser Verehrung kaum Abbruch. Denn immerhin stand Björnson ja doch auf dem Boden der „bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“, war also ein sehr schätzenswerther Mitkämpfer gegen die böse unstätzerliche Sozialdemokratie. Und nun erst Ibsen! Er war sogar königstreu und ein vollständig tabelloser Bourgeois.

Das heißt, so meinten die Wohlgefünnten! Aber da kommt kürzlich Ibsen nach Stockholm, die ganze feine Gesellschaft, mit dem Hof an der Spitze, wetteifert, ihm Ovationen zu bringen, und da läuft endlich unserm Ibsen die Galle über. Nachdem er eine Anzahl der bornirtesten Reden hat über sich ergehen lassen, nachdem er konstatiert hat, daß von all seinen Lobhudlern ihn auch kein einziger versteht, da ergreift der sonst so schweigsame Satyriker endlich auch einmal das Wort, um seinen erlauchten Anbetern rund und nett herauszusagen, wie gründlich sie sich über ihn getäuscht haben.

Er wandte sich zunächst gegen einen früheren Redner, der erklärt hatte, daß wir endlich in der langersehnten und langersehnten neuen goldenen Zeit leben, und daß die alte Zeit, die wir selbst in unserer Jugend kennen gelernt, weit hinter uns liege. Diese neue gegenwärtige Zeit aber habe Ibsen nach Kräften mit herbeiführen helfen. Auf diese sonderbaren Ausführungen erwiderte Ibsen etwa Folgendes: „Wir leben nicht in einer neuen Zeit, im Gegentheil, unsere Zeit ist eine Uebergangsperiode, aus der heraus sich etwas wesentlich Anderes entwickeln wird. Ich glaube, daß die herrschen-

den politischen und sozialen Einrichtungen bald anderen Platz machen werden. Und diese neuen werden besser im Stande sein, den Forderungen und den Bedürfnissen der Zukunft Rechnung zu tragen. Wie diese neuen Verhältnisse in den Einzelheiten sich gestalten werden, das kann ich nicht voraussagen, aber ich weiß, daß sie besser sein werden, als die heutigen." Zum Schluß brachte Ibsen mit feiner Ironie ein Hoch aus auf die neue Gestaltung der Dinge, in welches die herumstehenden Professoren, Doktoren, Minister und „Reichsantiquare“ pflichtschuldigst „begeistert“ einstimmten.

Die langen Gesichter aber, welche die Herren nachher ob dieses kalten Wasserstrahls gemacht haben, möge sich jeder selbst ausmalen.

Aber damit war das Maß des Unglücks noch nicht voll. Denn einige Tage später erklärte Björnson in einem Zeitungsartikel, daß er mit Bezug auf den Charakter unserer Zeit derselben Ansicht sei wie Ibsen und daß die Sozialdemokratie die einzige lebensfähige Partei sei. „Die Zukunft gehört der Sozialdemokratie, selbst dann, wenn sie in diesem oder jenem Punkte irren sollte.“

Nun ging der Lärm in den Zeitungen natürlich erst recht los. Aber immerhin, von Björnson, dem Republikaner und Atheisten, konnte man ja derartiges noch erwarten, so weh es auch thut, aber Ibsen — Ibsen konnte doch unmöglich das gemeint haben. Das war wenigstens ein Trost, wenn auch nur ein ziemlich geringer. Angesichts dieser Sachlage entschloß sich indessen ein Journalist, Ibsen regelrecht zu interviewen und ihn direkt über seine Ansicht mit Bezug auf die Sozialdemokratie zu befragen. Und, o weh, auch der „Königtreue“ Ibsen erklärte, Sozialdemokrat zu sein.

Wer die skandinavischen Verhältnisse einigermaßen kennt, kann sich die Wirkung dieses Schlags ausmalen. Die beiden größten Geister Skandinaviens, die Heroen, zu denen in Norwegen, Schweden und Dänemark Jung und Alt mit Bewunderung emporblickt, diese beiden Männer im Lager der Sozialdemokratie! Entsetzlich! Was soll nun aus Norwegen, Schweden und Dänemark werden?

Die sächsischen Landtagswahlen

haben durch das Eingreifen der Sozialdemokratie eine Bedeutung gewonnen, hinter welcher die Landtagswahlen aller anderen Partikularstaaten des deutschen Reichs weit zurückbleiben. Die maßgebende deutsche Presse erkennt dies freiwillig oder gezwungen an. Zwar suchen einzelne Pressestimmen, deren Anspruch durch Parteitanatismus gefälscht ist, diese Bedeutung herabzumindern und die diesjährige Wahlbewegung als das künstliche Werk einiger Führer hinzustellen, die den Verlust der sächsischen Reichstagsmandate gemissermaßen rächen wollten, doch findet dieses geradezu kindische Urtheil keine Beachtung.

Wer die Verhältnisse unseres Königreichs kennt, weiß, daß hier, in einem klassischen Industrie- und Wirtschaftslande, die Entwicklung rapide vorwärts schreitet und jeder politischen Bewegung einen besonderen Charakter aufdrückt. Je mehr die ökonomische Entwicklung das Aufstiehen der Sozialdemokratie ermöglicht, desto intensiver wird diese Partei sich Geltung zu verschaffen suchen. Für die Gegner der Sozialdemokratie müßte gerade die Thätigkeit derselben bei den Landtagswahlen beweisen, daß die Partei nach dem 21. Februar d. J. entschieden nicht schwächer geworden ist, sondern — wie auch der Parteitag in St. Gallen bewiesen hat — einmüthiger und darum stärker dasteht. Auch wenn man die am 21. Februar in Sachsen abgegebenen Stimmzählungen nach dem früheren Stärkeverhältnis der Einzelparteien des Kartellmischmachers vertheilt, so blieb die Sozialdemokratie mit ihren ca. 150 000 Stimmen als Einzelpartei immer noch die stärkste. Nach den bei Landtagswahlen abgegebenen Stimmen ist die Veränderung des Stärkeverhältnisses der Parteien nicht festzustellen, einmal, weil die Sozialdemokratie früher nur einzelne Wahlkreise in ihre Bewegung zog, und zweitens war die Wahlbeteiligung, ehe die Sozialdemokratie eingriff, eine so laue, die

Stimmenabgabe eine so lächerlich geringe, daß die Landtagswahl zum Sport für konservative Konventikel wurde. Außerdem ist die wahre Stärke einer Partei bei Zensuswahlen niemals festzustellen.

Was nun die früheren Erfolge der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen anlangt, so kann nicht bestritten werden, daß die ersten Mandate nur der Laune ihrer Gegner zu danken sind. Eine Ueberrumpelung hat niemals stattgefunden, wohl aber unterschätzten die Gegner die Sozialdemokratie und glaubten, bei Zensuswahlen sei für dieselbe nichts zu holen. Die Erringung eines Mandates spornte aber die Partei an, und während sie früher nur einzelne, ihr günstig scheinende Kreise bearbeitete, hat sie seit den Landtagswahlen im Jahre 1885 die Einsicht gewonnen, es seien, wie zur Reichstagswahl, eigentlich alle Kreise mit sozialdemokratischen Kandidaturen zu belegen. Ein Hemmnis dagegen bietet der Zensus, der die Wahlbarkeit davon abhängig macht, daß man 30 Mark direkter Staatssteuer zahlt, somit in Rücksicht auf das sächsische Einkommensteuergesetz ein jährliches Einkommen von über 1900 bis 2200 Mark bezieht. Die Sozialdemokratie ist aber die Partei der minder Begüterten, ihr fällt es daher schwerer, als den besitzenden Parteien, Kandidaten aus ihren Reihen zu finden. Ebenso ist dieser materiellen Armut das geringe Vorhandensein von Mitteln für die Agitation geschuldet. Es unterliegt keinem Zweifel: könnten in manchen Kreisen mehr Mittel aufgewandt werden, es würden noch mehr Mandate errungen. Man denke an die armen Gebirgskreise. Jehn- und mehrfache sind die Mittel der Sozialdemokratie geringer, als die der Gegner, die gegenüber ihrer früheren Laune und Knäuererei von ihnen so leicht errungenen Gütern etwas mehr für die Wahlen aufwenden. Trotzdem erreichen diese „Opfer“ im Verhältnis bei Weitem nicht die Höhe der Opfer sozialdemokratischer Parteigänger.

Durch die Aufwendung größerer agitatorischer Mittel gestaltet sich die Wahlbewegung lebhafter, die abgegebenen Stimmzählungen wachsen mit jeder Neuwahl und wenn somit die Gegner von Wahlmüdigkeit sprachen, so geht es diesen Reaktionsären heute schon zu lebhaft her. Die Erweckung der Geister ist also der Sozialdemokratie zu danken, deren Stimmzahl bei den Landtagswahlen geringer sein muß, als bei den Reichstagswahlen, da das schon beregte Wahlgesetz für die Berechtigung, an der Wahl theilzunehmen zu können, einen Zensus von 3 Mark direkter Staatssteuer feststellt, also ein jährliches Einkommen von über 600 bis 700 Mark erfordert, das besonders in den Gebirgsgegenden viele Reichstagswähler nicht haben. Sonst war der Sozialdemokratie noch die Bestimmung des Wahlgesetzes günstig, daß die relative Stimmenmehrheit zur Wahl genügt. Jetzt, d. h. seit die „eine reaktionäre Masse“ sich in der Kartellpartei gesammelt hat, kommt diese Bestimmung kaum mehr in Betracht. Durch dieses gefinnungslose Parteibündnis wird in der Regel die Aufstellung von drei und mehr Kandidaten, wie sie früher oft stattfand, in einem Wahlkreise ausgeschlossen und bei zwei Kandidaten kann von relativer Mehrheit nicht mehr die Rede sein, da entscheidet nur die absolute.

Diese Gestaltung der Dinge mag die Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten sehr hindern, aber in Wahrheit gereicht diese Lage der Sozialdemokratie zum Vortheile. Das Volk muß dadurch mehr und mehr erkennen, daß die Sozialdemokratie die einzige, prinzipielle Oppositionspartei ist, wie ja die Vorgänge im Reichstage und sächsischen Landtage längst bewiesen, die Februarwahlen dieses Jahres, mehr noch die Landtagswahlen am 18. Oktober in Sachsen dies aber erst recht anschaulich gemacht haben.

Bekanntlich sind die sächsischen „Kammerfortschrittler“, eine besondere Spezies politischer Mollusken, unter die Fittiche der Kartellstippe genommen worden und haben nun diesem Umstande die Wiedererringung ihrer Mandate zu verdanken. Nur in einigen Kreisen wagten die Deutschfreisinnigen, die bei den Februarwahlen in Sachsen wie zwischen zwei Mühlsteinen — Kartell hier, Sozialdemokratie dort — zerrieben wurden, Kandidaten aufzustellen. Aber auch diese Landtagswahlen zeigen die vollständige Niederlage. Von einer Stützung dieser Partei durch das Bürgerthum ist keine Spur mehr. Wo das Bürgerthum nicht zur Sozialdemokratie neigt, ist es vollständig reaktionär und wählt kartellistisch.

Der geschlossenen Macht der Reaktion gegenüber muß die Thätigkeit der Sozialdemokratie eine kräftigere werden, es bedingt diese strenge Scheidung in rechts und links also eine taktische Aenderung, die sich denn auch bereits in dieser Wahlperiode bemerkbar machte. In manchen Kreisen (Leipzig, Dresden etc.) unterschied sich die Landtagswahlagitatorik in Nichts von der für die Reichstagswahl.

Den Schimpereien und sonstigen Gemeinheiten der Kartellagitatoren hat die Sozialdemokratie ein kräftiges Paroli geboten. Es wäre sehr untaftlich, wollte die Partei die Unmasse der gegen sie und ihre Kandidaten verübten Schimpereien mit einer Anstandsphrase übergehen. Darauf haben unsere Gegner bisher geredet.

Ein guter Theil der sozialdemokratischen Wählerchaft versteht übrigens eine solche Taktik nicht und es hat sich gerade in Leipziger

Landkreise, wo die Elite der Kartellbrüderschaft mit den gemeinen Mitteln auftrat, gezeigt, daß eine kräftigere Abwehr dieser „Molluske“ von allen Seiten unterstützt wird. Man sagte, „die Sozialdemokratie dürfe nicht Ambos sein“ und half mächtig an, die Gegner einzubringen. Die Offensive stärkt immer.

Was weiter die Erfolge der Sozialdemokratie bei den Wahlen anlangt, so ist in Folge der oben angedeuteten strengen Scheidung nach rechts und links in der Beurtheilung gegen früher ein Unterschied zu machen. Wenn auch z. B. der Landtagsabgeordnete Vollmar schon vor vier Jahren sich gegenüber nur einen gemäßigten Kandidaten sah, welchen er in Stadt Chemnitz (2. Wahlkreis) besiegte, so zeigen doch die Phasen des Kampfes noch lange nicht die heutige Schärfe. Sachsen ist die Wiege des Kartells. Hier verbündeten sich unsere Gegner schon längst in einzelnen Kreisen, konnten aber nur mit der wachsenden Macht der Reaktion auf mehr Erfolg rechnen. Der gewaltige Ansturm am 21. Februar konnte indess wohl die freisinnige Partei in Sachsen hinwegfegen, die Sozialdemokratie jedoch wird im Kampfe diesen Ansturm brechen. Wer sehen will, den lehren dies die Landtagswahlen.

Trotz aller aufgebotenen Mittel der Gegner hat die Sozialdemokratie ihr Mandat für Leipzig-Land behauptet, daneben aber in dieser Wahlbewegung mindestens 10 Wahlkreise, in denen sie früher niemals aufgetreten, neu in Angriff genommen und in denselben im Verhältnis zu dem Vorrücken der Reaktion ansehnliche Stimmzählungen errungen. Ein guter Fingerzeig für künftige Wahlen.

Das Wahlgesetz hat die Landtagswahlkreise in 35 städtische und 45 ländliche Kreise eingetheilt, doch sowohl ländliche als städtische Kreise bleiben von der Sozialdemokratie nicht verschont. Nach jeder Landtagsession scheidet ein Drittel der Abgeordneten aus, so daß alle zwei Jahre in bestimmten Theilen des Landes Neuwahlen stattfinden. Daher kommt es, daß alle zwei Jahre neue Kreise von der Sozialdemokratie bearbeitet wurden, die sie früher bei Seite liegen ließ. Wir wollen durchaus nicht verhehlen, daß diese neue Taktik durch das Wahlgesetz mit herbeigeführt wurde, denn nur die Wahlen eröffnen ja noch der Sozialdemokratie einen Weg für ihre Thätigkeit im öffentlichen Leben. Zwar werden in dieser Zeit noch genug Versammlungen unmöglich gemacht auf die eine oder andere Weise, allein alle können nicht unterdrückt werden. So dann wirkt die Verbreitung von Flugblättern, die nach unserer Ansicht in noch zu geringer Zahl ausgegeben werden. Kleinere, nämlich den gegnerischen angepaßte Flugblätter würden zuweilen mehr thun, als die größeren, programmatischen allein thun können. Letztere müssen natürlich immer beibehalten werden und sollen die Campagne eröffnen. Die Vortheile dieses Verfahrens werden Manchem einleuchten und steigt darum die Hoffnung, es werde dies künftig mehr beobachtet werden.

Nun, für die am 9. November d. J. zu eröffnende Session ist die Zahl der Sozialdemokraten im Landtage die gleiche geblieben. Bebel rückt wieder mit ein, sonach haben wir fünf Abgeordnete. Ihre Thätigkeit im Landtage wird sich bald bemerkbar machen. Jeder dieser Fünf kämpft schon lange in den Reihen der Sozialdemokratie und ist erprobt. Bebel, Stolle und Vollmar gehörten längere Zeit dem Reichstage an, Geher wurde im Jahre 1886 anfänglich einer Nachwahl im 19. sächsischen Wahlkreis ebenfalls zum Reichstagsabgeordneten gewählt. Seit dem Februar d. J. sibt nun Bebel noch im Reichstage. Die Lebensstellung der drei Ersteren ist hinlänglich bekannt, nur die beiden anderen dürften unbekannter sein. Geher und Raben stammen aus dem Arbeiterstande und sind jetzt Mitbesitzer von kleinen Cigarrenfabriken. Man kann ruhig sagen, daß sie durch die Verfolgungen seitens ihrer Gegner — ebenso erging es Stolle — zu dieser Stellung gedrängt wurden, die früheren „Arbeitgeber“ dieser Herren haben sich veranlaßt, die „Wähler“, wie man die Sozialdemokraten bezeichnet, nicht mehr zu beschäftigen. Um im Lande zu bleiben, machten sie Anstrengungen, selbstständig zu arbeiten und es ist ihnen gelungen. Auch hierin könnte man sagen, daß die verwerfliche Verfolgungssucht der Gegner die Kraft ist, „die das Böse will und doch das Gute schafft.“ Man hat denjenigen, deren man sich früher entledigen wollte, wider Willen die Möglichkeit zu einer freien Thätigkeit bereitet und Niemand kann leugnen, daß sie die verantwortliche Stellung als Abgeordnete auszufüllen wacker befreit sind und ihre Ueberlegenheit gegenüber manchem Gegner bewiesen haben.

Noch eins möchten wir anfügen. Auch die sächsischen Landtagswahlen haben zum guten Theil — je nach der Beschaffenheit der Kreise — gezeigt, daß die demagogische, schwindelhafte Thätigkeit unserer Gegner bei den diesjährigen Reichstagswahlen nachträglich vielen die Augen geöffnet hat. Hoffentlich wird die verübte und weiter in Aussicht stehende, vollstverderbliche Thätigkeit der Kartellparteien im Reichstage und Landtage, die wir dem Volke im rechten Lichte zu zeigen uns bestreben müssen, ein Weiteres für die Zukunft thun.

Allen Freunden und Genossen empfehle mein
Schuh- u. Stiefelwaaren Geschäft
in großer Auswahl von Winterartikeln.
Reelle Arbeit. — Solide Preise.
Louis Baake, Schuhmacherstr.
Küstriner Platz 8.

Cigarren u. Tabake
reichhaltiges Lager
von
C. Klein.
15. Ritterstraße 15.
Dasselbst Zahlstelle der Gürtler u. Broceure (G. S. 60.)

Ein möblirtes Zimmer für 1 od. 2 Herren
sod. zu vermieten. Mantelstr. 117. 11.
**Kranken- und Begräbniskasse
der Gürtler u. Broceure.**
(G. S. 60.)
Außerordentliche Generalversammlung.
Sonntag, d. 23. Oktober, im Louisenstädt.
Concerthaus, Alte Jakobstr. 37, Vorm. 10^{1/2} Uhr.
L. O.: 1. Rechnungslegung des Revidenten. 2. Verschiedenes. Das Antragsbuch legitimirt.

**Verein der Sattler und
Fachgenossen.**
Großes Familien-Kränzchen
mit musikalisch-deklamatorischer
Abend-Unterhaltung.
am 29. Oktober, in Keller's großem Saal,
Andreaskirche 21.
Beitrag f. Herren 50 Pf., f. Damen 30 Pf.
Anfang 8^{1/2} Uhr. Das Comité.
Billets sind im Restaurant Neue Jakobstr. 11
zu haben.

Allen meinen Freunden und Bekannten zur gefälligen Beachtung, daß ich aus dem
von meinem Freunde Ferd. Gwald am Weinbergsweg begründeten **Cigarengeschäft**
ausgetreten bin und ein eigenes Geschäft
Müllerstr. 183, an der Sellastraße
eröffnet habe.
Gustav Spletstösser,
Müllerstraße Nr. 183, an der Sellastraße.
NB. Gleichzeitig ersuche ich alle diejenigen, welche feinerzeit bei Herrn Fr. Michelsen
Bücher zum Einbinden gegeben und noch nicht wieder abgeholt haben, dieselben bei mir
in Empfang zu nehmen.
G. Spletstösser.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin
von
Julius Apelt, Sebastianstraße 27-28.
Reelle Waare. Prompte Bedienung.

Buch- und Steindruckerei
von **F. POSEKEL**
Berlin S.O., Oranien-Strasse 23,
empfiehlt sich zur prompten und saubersten Aus-
führung aller Drucksachen.
Für Vereine fertige ich zu mässigsten Preisen:
Aufsätze, Jahresberichte, Kassenabschlüsse,
Statuten, Cirkulare, Mitgliedsbücher,
Plakate, Programme, Billets etc.

**Central-Kranken- u. Begräbniskasse
für Frauen und Mädchen**
(G. S. 26 in Offenbach)
Am Sonnabend, den 22. Oktober d. J.,
3. Stiftungsfest, verbunden mit Ball
im **City-Hôtel, Dresdenstr. 52-53.**
Billets für Herren 50 Pf., für Damen 30 Pf.
sind in folgenden Zahlstellen zu haben: Th. Bielefeld,
Bräudenstr. 4 im Laden, G. Schießl, Friedrich-
straße 154, H. 3 Tr., Fr. Grothmann, Bernauer-
straße 76 i. A., Fr. M. Schneider, Blumenstr. 29,
Fr. Strauß, Rechnerstr. 1, 3 Tr., Fr. E. Schneider,
Raunungstr. 60 i. A. — Rege Theilnahme erwünscht.
Der Reinertrag ist zu einem Unterstützungsfonds für
ausgesteuerte hilfsbedürftige Mitglieder bestimmt.

**Fachverein der Former
und verwandten Berufsgegnossen.**
Versammlung
am Sonntag, den 23. d. M., Vormittags 10 Uhr,
in **Faustmann's Lokal, Javalienstraße 144.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Bohn über Ent-
deckungsreisen und Kolonien in Afrika. 2. Dis-
kussion. 3. Schriftführerwahl, Anträge betref-
fend Stiftungsfest, Verchiedenes, Fragelasten.
Um regen und pünktlichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Als **Schuhmacher** empfehle ich mich bei
allen Arbeiten in dieser Branche. Reparaturen
schnell, gut und nicht zu theuer.
Ferdinand Will,
Admiralstr. 36, Hof 1.
Die beste Weisse
gibt es bei
W. Schulz,
Admiralstraße 40 (früher Alte Binde.)

[Nachdruck verboten.]

Aus dem Sumpf der Großstadt.

Berliner Sittenbild von Arthur Japp.

Es leben in Berlin viertausend jener unglücklichen Mädchen und Frauen, deren Namen in die polizeiliche Liste der Prostituirten eingetragen sind. Für diese unglücklichen Geschöpfe hat das gewöhnliche Recht keine Gültigkeit: sie stehen außerhalb des Gesetzes, sie sind rechtlos, der Willkür von Subaltern-Beamten der „Sittenpolizei“ preisgegeben. Aber neben dieser öffentlichen Prostitution besteht in Berlin eine geheime, deren Angehörige wohl zehnmal so zahlreich sind. Das sind Nähtinnen, Laden-Mamsells, Confectioneusen, die Leichtsinns, Vergnügungssucht, gewöhnlich aber die nackte Noth und die durch die Noth der Eltern bewirkte schlechte Erziehung und mangelnde Beaufsichtigung auf einen bösen Weg geführt haben. Jeder, der das Berliner Plakat einige Zeit getreten hat, weiß, wie leicht hier Bekanntschaften zwischen jungen Männern und jungen Mädchen angeknüpft werden. Ein mehr- oder auch nur einmaliges Begegnen auf der Straße, der Austausch einiger zärtlicher Blicke, eine led geküßte Einladung — das genügt oft, um ein junges Mädchen zu veranlassen, sich für eine oder mehrere Stunden einem ihm vollkommen unbekanntem Herrn anzuschließen, vor dem es voll Entsetzen fliehen würde, wüßte es seine Vergangenheit, könnte es die in ihm verborgenen Gedanken und Wünsche errathen. Solch ein junges Mädchen ist nicht selten durch ein widriges Geschick aus einer kleinen Provinzstadt nach dem großen Babel an der Spree verschlagen worden. Die Unglückliche hofft, nachdem vielleicht die Eltern gestorben, sich in der Metropole leichter eine Existenz gründen zu können. In der Kleinstadt unter den Augen einer sorgsamten Mutter aufgewachsen, sieht sie sich plötzlich in das lärmende, brausende, bacchanalische Treiben des Weltstadtlebens versetzt, dessen Gefahren sie nicht kennt. Wie von einer Schaar gieriger Wölfe wird sie von den Männern umdrängt, denen Gesetz und gesellschaftliche Moral ihr Don Juan-Handwerk so bequem und gefahrlos macht, und wenn die Unerfahrene, die schutzlos und allein Dastehende in dem doppelten Kampfe um ihre Existenz und um ihre Tugend unterliegt, wer möchte den Stein auf sie werfen? Bei der Berliner, die natürlich in viel weniger Fällen den Gefahren, vor denen sie von Kindheit an gewarnt ist, zum Opfer fällt, ist es in den meisten Fällen der nach dem Vergnügen der Großstadt lechzende Sinn, der sie auf die abschüssige Bahn des Lasters führt. Die Eltern können oder wollen diesen in ihr gährenden Hang nach Zerstreuung nicht befriedigen, die Brüder gehen ihre eigenen Wege und dem jungen Mädchen bleibt nichts Anderes übrig, als eine „Bekanntschafft“ zu suchen, will es mit den vielen an den „Littfäulen“ angepriesenen Genüssen nicht ganz unbekannt bleiben. Und da sitzen sie dann oft bis spät in die Nacht hinein in einem der eleganten Restaurants im Centrum der Stadt, diese Pärchen, die ihre Bekanntschaft auf der Straße geschlossen: sechszehnjährige junge Mädchen und Männer in den verschiedensten Altersklassen. Die lebhaft geführte Konversation bewegt sich zumeist im Flüsterston. Dabei zucken die Lippen, glänzen die Augen und unter dem Tisch wird von Zeit zu Zeit ein zärtlicher Händedruck getauscht. Inzwischen wird Glas auf Glas geleert, und wenn das Pärchen um Mitternacht oder später das Lokal verläßt, so ist es oft noch nicht der Weg nach der elterlichen Wohnung, der eingeschlagen wird. Das junge Mädchen, das den Tag über vielleicht wenig konsistente Nahrung zu sich genommen hat, hat nach dem Genuß von drei oder vier Glas starken Bieres die Herrschaft über sich verloren und willenlos folgt es den Lockungen des gewissenlosen Begleiters, der mit seiner Einladung einen ganz anderen Zweck verfolgt hat, als den, ein paar Stunden mit dem jungen Mädchen zu verplaudern. — Das ist die gewöhnliche Praxis, welche von den gewohnheitsmäßigen Don Juans angewandt wird, um unerfahrene junge Mädchen ihren Begierden dienstbar zu machen. In seltenen Fällen greift auch ein anderes Verfahren Platz, wie es durch die nachfolgende aus dem Leben gegriffene Erzählung veranschaulicht wird.

Anna Berger war ein frisches, hübsches Mädchen von achtzehn Jahren. Ihr Vater hatte, als er vor einem Jahre gestorben war, sie und die Mutter völlig mittellos zurückgelassen. Die Mutter war schwach und kränklich und so ruhte die Sorge um den Erwerb der für den kleinen Haushalt erforderlichen Mittel auf Anna's jugendlichen Schultern. Anna besaß eine hohe, ebenmäßige entwickelte Figur, und diesem Vorzuge, sowie ihrem gewandten, gewinnenden Wesen hatte sie es zu verdanken, daß sie sehr bald in einem der größeren Confections-Geschäfte eine Stellung als „Probirmamsell“ — auch Confectioneuse genannt — fand. Diese Beschäftigung war mit einem Einkommen verbunden, das gerade für die Befriedigung der bescheidenen Ansprüche von Mutter und Tochter hinreichte. So lebten die Beiden glücklich und zufrieden, als plötzlich ihr Stillsitzen durch eine ernste Krankheit der Mutter unterbrochen wurde. Während der ersten Tage blieb Anna

zu Hause, um die geliebte Kranke mit der liebevollsten Sorgfalt zu pflegen. Dann aber ließ man ihr vom Geschäft ansagen, daß ihr ihre Stellung nicht länger offen gehalten werden könne und daß sie ihre Thätigkeit im Geschäft unverzüglich wieder aufnehmen müsse, wollte sie nicht, daß an ihrer Stelle ein anderes junges Mädchen engagiert werde. Anna mußte sich wohl oder übel dazu verstehen, ihren Platz am Krankenbett der Mutter einer professionellen Krankenpflegerin abzutreten und ihre Beschäftigung als Probirmamsell, welche sie und die Mutter nährte, wieder zu übernehmen.

Aber die Sorge um das Wohl der theuren Kranken, die sie nun fremden, bezahlten Händen anvertrauen mußte, war nicht die einzige, welche das junge Mädchen bedrückte. Eine Woche war vergangen seit der Erkrankung der Mutter: es war Samstag, sie erhielt ihr Salair im Geschäft und sie hatte beim Nachhausekommen die Krankenpflegerin zu bezahlen. Der von dieser geforderte Lohn betrug aber ebensoviel als sie im Geschäft für ihre Thätigkeit erhalten. Woher nun die zur Bestreitung des Lebensunterhaltes und der Kurkosten erforderlichen Mittel nehmen? Die wenigen Schmuckgegenstände, welche sie von ihrer Kindheit und ihrer Konfirmation her besaß, wurden nun zum Pfandleiher getragen: aber die paar Mark, die sie dafür erhalten hatte, reichten kaum für eine halbe Woche. Und so stand sie eines Abends kloppenden Herzens vor der Thür des Privat-Comptoirs ihres Chefs, das hinter den Geschäftsräumen lag. Auf ihr mehrmaliges schüchternes Anklopfen ertönte endlich ein mit heiserer Stimme gerufenes Herein. Der Chef, ein Mann Anfang der Fünfziger, mit fleischigen, verschwommenen Zügen, kleinen, stehenden Augen und dicken, sinnlichen Lippen, saß an seinem Pulte emsig schreibend. Anna blieb bescheiden an der Thür stehen, ihre ängstlichen Augen bewundernd über die prunkvolle Ausstattung des Zimmers schweifen lassend. Jetzt blickte der Chef von seiner Arbeit auf und ein grimmsendes Lächeln lief über sein gewöhnliches Gesicht, als er des jungen Mädchens ansichtig wurde. Er hieß sie näher treten und fragte sie dann mit süßlichem Tone nach ihrem Begehren.

Anna trug stammelnd ihre Bitte vor, Herr Stein möge ihr in Berücksichtigung des über sie unverschuldet heringebrochenen Unglücks einen kleinen Vorschuß von dreißig Mark gewähren, den sie später, wenn die Mutter wieder wohlhau, in kleinen Raten von ihrem Salair abziehen lassen wolle.

In Herrn Stein's kleinen Augen leuchtete es bei diesen Worten des jungen Mädchens blitzartig auf. Dann überflogen seine Blicke prüfend die schlank und doch volle, jugendfrische Gestalt der vor ihm Stehenden und seine wulstigen Lippen zogen sich zusammen, als schlürften sie einen köstlichen Trank. Anna senkte verschüchtert die Augen und wartete mit qualvollem Herzklopfen die Entscheidung ihres Prinzipals ab, von der vielleicht das Leben ihrer Mutter abhing. Herr Stein sprach nichts, er kitzelte rasch ein paar Zeilen auf ein Stück Papier und reichte ihr dann das Blatt. Sie überlas es mit flimmernden Augen: es war eine Anweisung auf Fünfzig Mark. Sie wäre fast in die Kniee gesunken und hätte ihm die Hände geküßt, ein so überquellendes Dankgefühl wallte in ihrem Herzen auf. Der Prinzipal streichelte ihr freundlich die glühenden Wangen und hob ihr das Kinn ermunternd empor.

„Es ist gut, mein hübsches Kind,“ sagte er. „Und nicht genirt, wiederzukommen, sobald das Geld zu Ende!“

Die Krankheit war eine langwierige. So peinlich es dem jungen Mädchen auch war, sie mußte die Güte ihres Chefs noch einmal in Anspruch nehmen, denn die Krankenwärterin war noch nicht zu entbehren und die theueren Arzneien mußten mehrmals erneuert werden. Auch diesmal war Herr Stein freundlich und sofort zur Hilfe bereit. Nachdem er ihr die neue Anweisung — diesmal auf vierzig Mark — überreicht hatte, trat er dicht an sie heran, legte seine fleischige, große Hand auf ihre Schulter und ließ dieselbe langsam über ihren Oberkörper bis zur Taille, die er einen Augenblick umspannte, hinabgleiten. „Prachtvolle Büste!“ murmelte er und als ob er sie nur auf ihre Verwendbarkeit für ihren Beruf hin habe prüfen wollen, fügte er hinzu: „Zur Probirmamsell wie geschaffen!“

Anna erzitterte unter dieser unkeuschen Berührung und eine Thräne trat ihr vor innerer Empörung ins Auge. Aber sie wagte nicht, durch eine Bewegung oder ein Wort dagegen zu protestiren. Glücklicherweise entließ Herr Stein sie jetzt und so eilte sie beschleunigten Schrittes nach Hause, um sich in der Küche ihrer nur aus zwei Biöcen bestehenden Wohnung auszuweinen, bevor sie der Mutter unter die Augen trat. Am nächsten Morgen sah sie die Handlungsweise ihres Prinzipals viel ruhiger an. Sie erinnerte sich der Worte, welche er gesagt hatte. Sie hatte für ihn sicherlich keine andere Bedeutung als die eines gut gebauten Modells, das seinem Geschäfte von Nutzen war. Und der Grund seiner Güte gegen sie? Der war zu leicht zu finden. Bei aller Bescheidenheit mußte sie sich doch sagen, daß sie bei dem kaufenden Publikum beliebter war, als irgend eine andere ihrer Kolleginnen. Der Chef wollte sie an sein Geschäft fesseln und ihren Eifer, seinen geschäftlichen Interessen zu dienen, wach erhalten.

Mit der Elastizität der Jugend kam sie über den Vorfall, der anfangs ihr Scham- und Ehrgefühl tief erregt hatte, schon nach wenigen Tagen hinweg und nach dem Verlauf einer Woche dachte sie kaum noch daran. Dazu kam, daß das Befinden ihrer Mutter sie in die freudigste Stimmung versetzte. Wenn auch bis zur völligen Wiederherstellung noch manche Woche vergehen würde, so war doch jede Gefahr vollkommen geschwunden und die Kranke auf dem Wege der Genesung. Zwei Wochen später verließ die Rekonvaleszentiin das Krankenlager zum ersten Male und Anna konnte an die Entlassung der Krankenwärterin denken. Sie war noch mit einer Woche ihres Salairs im Rückstande, dazu kam die Rechnung des Arztes, die nun auch bezahlt werden mußte. Und die Hühnersuppe, das Kompot, der Wein, welche Stärkungsmittel der Arzt für die Genesende als ganz unentbehrlich verordnet hatte? Das Alles kostete Geld.

Anna entschloß sich nothgedrungen, noch einmal, zum letzten Male, an die Güte ihres Prinzipals zu appelliren. Ein letztes Darlehen von fünfzig Mark würde genügen. Von der künftigen Woche an wolle sie sich dann jeden Sonnabend ein paar Mark von ihrem Salair kürzen lassen und so nach und nach ihre Schuld abtragen.

Als sie dem Chef, nachdem sie sein Privatcomptoir betreten, ihre Bitte vorgetragen hatte, wobei sie einen besonderen Nachdruck auf das „zum letzten Male“ legte, stand er von seinem Platz am Schreibtisch auf und nötigte das junge Mädchen, auf dem weichgepolsterten Sopha Platz zu nehmen. Er habe mit ihr etwas zu besprechen, ihr einen Vorschlag zu machen. Mit einem peinlichen Gefühle angstvoller Beklemmung folgte sie seiner Einladung, worauf er sich neben sie setzte. Sie hielt die Augen gesenkt, in fiebernder Spannung seine Aured erwartend und so konnte sie nicht wahrnehmen, mit welchem einem widerwärtigen Ausdruck von Triumph, Gier und wollustathmender Bewunderung seine Blicke auf sie gerichtet waren.

„Fräulein Berger,“ begann der Prinzipal endlich mit seiner heiseren Stimme, „ich hoffe, daß sie ebenso vernünftig sein werden wie sie hübsch sind und daß Sie daher meinem Verlangen keinen unnützen Widerstand entgegenzusetzen werden. Sie kennen ja das Berliner Leben: das unablässige Jagen nach dem Erwerb und nach dem Genuß und so wird sie das, was ich Ihnen zu sagen habe, nicht überraschen.“

Hier machte der Sprechende eine Pause. Das junge Mädchen sah immer noch mit niedergeschlagenen Augen regungslos da. Nur in ihrem Innern herrschte eine qualvolle Erregung. Worauf ging das hinaus? Was würde er von ihr verlangen? Bevor der Kaufmann die unterbrochene Rede wieder aufnahm, rückte er dicht an die neben ihm Sitzende heran, seine plumpe Hand auf ihren Nacken legend. Sie erzitterte unter dieser Berührung, wagte jedoch nicht, sich seiner Hand, die wie ein glühendes Eisen auf ihr lastete, zu entziehen.

„Sie werden sich wohl schon selbst,“ fuhr Herr Stein fort, die Frage vorgelegt haben, aus welchem Grunde ich Ihnen die beiden von Ihnen beanspruchten Darlehen in so bereitwilliger Weise gewährt habe. Nicht wahr?“

Das junge Mädchen blickte erschreckt und erstaunt zu ihm auf. „Weil Sie meine Noth kannten und weil Sie ein gutes Herz haben,“ antwortete sie hastig.

„Es giebt so viele Noth in der Welt,“ entgegnete er kalt. „Es ist nicht mein Beruf, dieselbe zu lindern. Das ist Sache der städtischen Armen-Kommissions-Vorsteher und der wohlthätigen Vereine. Und was das Herz betrifft, das hat in Geldsachen und in Angelegenheiten des Geschäftes nicht dreinzureden.“

Das geänstigte Mädchen starrte dem Sprechenden verwirrt in's Gesicht. Seine Worte klangen so räthselhaft. „Am nich noch mehr an Ihr Geschäft zu fesseln,“ stammelte sie nach einigem Nachdenken.

„Ihr eigenes Interesse fesselt Sie daran,“ erwiderte der Kaufmann. „Sie wissen, daß Sie bei mir für eine nicht besonders anstrengende Thätigkeit ein gutes Salair erhalten, warum sollten Sie also sich nicht glücklich schätzen, so lange als nur irgend möglich in Ihrer Stellung verbleiben zu dürfen? Ihr eigenes Interesse erfordert es, Ihre Pflicht in vollem Umfange zu thun.“ Seine Stimme, die einen harten Ton gehabt hatte, nahm jetzt eine weichere Klangfärbung an.

„Nein,“ fuhr er fort, „meine Absicht war eine andere. Können Sie dieselbe denn wirklich nicht errathen?“ Eine unbestimmte Furcht schüttelte ihre Glieder. Das Herz schlug ihr fast schmerzhaft in der Brust, ihre Pulse hämmerten in fieberhafter Hast. Sie sprang jählings auf, als wolle sie entfliehen. Er aber hielt sie an den Händen zurück und zog sie wieder auf ihren Sitz nieder.

„Nur keine Furcht, liebes Kind!“ beruhigte er sie. „Es kann Ihnen nichts geschehen, wozu Sie nicht selbst einwilligen.“

„Nein Gott!“ stieß sie in verzehrender Angst heraus. „Was können Sie von mir verlangen?“

(Schluß folgt.)

Die Arbeitsbörse in Paris.

Eine Errungenschaft der Gewerkschaften — in Frankreich.

III.

Der der Mehrzahl seiner Mitglieder nach radikalere Gemeinderath von Paris führt stets große Phrasen im Munde, wie sich dies für einen Radikalen geziemt, aber sobald es sich um Umfegung der Theorie in Praxis, um ökonomische Reformen handelt, welche den Arbeitern zu Gute kommen würden, tritt er kopfscheu und beutelsbesorgt zurück, bezeugend, daß er dem aufstrebenden Proletariat gegenüber zu der einen kompakten reaktionären Masse gehört. Die sozialistischen Stadtverordneten, hauptsächlich der in ökonomischen Fragen trefflich bewanderte Ed. Vaillant, hielten jedoch mit solcher Zähigkeit an ihrem Vorschlag fest und wußten ihn durch eine gut geführte Propaganda und Unterstützung von Außen her derart zu befürworten, daß der Stadtrath, ob er wollte oder nicht, moralisch gezwungen war, das Projekt anzunehmen — standen doch die Wahlen vor der Thür. Es wurde ein Ausschuß von 12 Mitgliedern eingesetzt, an deren Spitze als Präsident der sozialistische Stadtverordnete, der Arbeiter Chabert, ein alter bekannter Kämpfer des Proletariats, stand. Natürlich waren alle sozialistischen Stadtverordneten in dem Ausschusse vertreten. Zum Berichterstatter wurde der jetzige Präsident des Gemeinderathes, der Radikale Mesureur gewählt, dessen Bericht, eine vortreffliche gediegene Arbeit, in schneidiger Weise die Idee einer Arbeitsbörse verteidigt.

Er entwickelte in seinem Berichte, daß die Arbeitsbörse in der Zukunft berufen ist, die Organisation der Arbeit zu befördern; daß sie momentan den Arbeitern eine Waffe im Kampfe mit dem Kapital liefert. Ohne eine Arbeitsbörse, meinte er, werden die Gewerkschaften nur eine schwache Scheineristenz führen, da die schweren materiellen Abgaben und Kosten viele Arbeiter von der gewerkschaftlichen Organisation zurückspülen. So z. B. giebt es in Paris 6000 Sattlerarbeiter, von denen nur 200 in einer Gewerkschaft organisiert sind, und von diesen 200 Mitgliedern zahlen wiederum kaum 30 Mann ihre Beiträge. Ebenso gehören von den 6000 Pariser Typographen etwa 1800 bis 2000 einer Organisation an, die Beiträge aber werden nur von der Hälfte gezahlt.

Es ist Pflicht der Gemeinde, den Gewerkschaften Lokalitäten unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, in denen sich die Arbeiter heimisch fühlen, in denen sie sich über die vielen Fragen, welche sie am meisten interessieren, aussprechen und aufklären, wo sie außerdem alle diese Fragen betreffenden Informationen finden können. Mit einem Worte, die Arbeitsbörse soll ein Mittel- und Knotenpunkt für das gesammte ökonomische und soziale Leben des Arbeiters sein.

Zu diesem Behufe soll eine Zentralarbeitsbörse und angelehnt der großen Ausdehnung von Paris Filialen in allen Bezirken der Stadt gegründet werden. Die Filialen sollen derart eingerichtet sein, daß sie je nach den Vierteln gewisse Industrieen zentralisieren, welche in dem betreffenden Stadtviertel ihren Sitz haben. In Paris haben bekanntlich gewisse Viertel seit Jahrhunderten bestimmte Produktionszweige in sich konzentriert, so ist z. B. der Faubourg St. Antoine der Hauptsitz für die Möbelschreinerei und Tischlerarbeit überhaupt.

Vorläufig sollen die Filialen eröffnet werden und der Gemeinderath hat als erste Rate zur Einrichtung eine Million Francs bewilligt. Die ganze Summe, welche für die Arbeitsbörse verwendet werden soll, beträgt 12 Millionen, zu welcher Summe auch der Staat seinen Theil beitragen wird. Ueberhaupt soll die Arbeitsbörse und ihre Filialen jährlich von Gemeinde und Staat unterstützt werden. Von diesen 12 Millionen soll ein monumentales Gebäude als Arbeitsbörse errichtet werden und binnen 2 Jahren vollendet sein.

Der Bau ist aus Eisen und gebrannten Ziegeln geplant: das Erdgeschloß wird eine helle und im Winter gut geheizte Zentralthalle von 1280 Meter Größe enthalten, welche als „Arbeitsmarkt“ zur Anwerbung von Arbeitern bestimmt ist; ferner 5 Versammlungssäle, jeder 200 Meter groß, zur Abhaltung der Generalversammlungen der Gewerkschaften, endlich 5 große Bureaux zu je 120 Meter für den Dienst der angestellten Beamten.

Der erste und zweite Stock sollen wenigstens 80 gut heizbare und helle Zimmer enthalten, in denen die Bureaux der verschiedenen Gewerkschaften eingerichtet werden.

Die Zentralbörse soll alle Statistik die Arbeit betreffend zentralisieren, sowohl für Paris und Frankreich, wie für das Ausland: sie soll ferner Fach-Bibliotheken und Archive für die Gewerkschaften enthalten. Endlich soll sie Säle bieten, wo Arbeiter und Unternehmer ein eigens zu dem Zweck geführtes Register über Angebot und Nachfrage von Arbeit finden.

Ed. Vaillant meinte, allerdings in der Freude über das gelungene Werk stark übertreibend, daß eine derartige Arbeitsbörse nicht nur einen lokalen oder europäischen Charakter trägt, sondern von allgemein internationaler Bedeutung ist für alle modernen Staaten mit kapitalistischer Produktionsweise.

Die Arbeitsbörse wird jedoch nicht nur den organisierten Arbeitern, sondern auch allen noch nicht organisierten unentgeltlich zur Verfügung gestellt — sie wird allen Mitgliedern der Arbeiterklasse offen stehen; jedoch soll ihre Leitung und Verwaltung den Gewerkschaften bzw. ihren Delegierten überlassen bleiben. Alle Ausgaben sollen vom Stadtrath bestritten werden. Es ist zu hoffen, daß die nichtorganisierten Arbeiter bald die Vortheile der Organisation erkennen, sich gruppieren und organisieren, und

nicht bloß in gewerkschaftlicher Hinsicht. Dann erst werden die Proletarier im Stande sein, ihre Interessen mit Erfolg zu verteidigen, ihre Rechte mit Nachdruck zu fordern.

Um einen Anfang mit der Verwirklichung des vom Stadtrath am 1. Dezember 1886 angenommenen Beschlusses einer Arbeitsbörse zu machen, beschloß der Gemeinderath, vorläufig eine Filiale zu eröffnen. Diese wurde feierlich den 4. Februar l. J. eröffnet und zwar in dem hinter der Zentralpost, in der Rue Jean Jacques Rousseau liegenden Gebäude, „Salle de la Redoute“ genannt. Viele Stadträte, sowie Deputirte wohnten der Feierlichkeit bei, welche unter den Klängen der Marseillaise eröffnet wurde. Der Vorsitzende Mesureur, Präsident des Stadtrathes und Berichterstatter über die Arbeitsbörse, hielt eine Ansprache an die anwesenden Gewerkschaften.

„Eure Gegenwart“, wandte er sich an die Arbeiter, „drückt dieser Feierlichkeit ihren wahren Charakter auf, nämlich den der Solidarität und des sozialen Friedens (sic). Die Arbeit feiern, heißt den Krieg brandmarken. Dieses kommunale Haus, in welchem wir Euch heute die Honneurs machen, gehört Euch.“

Es sollen in dieser Filiale 21 Bureaux eingerichtet werden, die für die Korporationen solcher Erwerbszweige bestimmt sind, welche sich mit Transport, Handel und Herstellung von Nahrungsmitteln befassen. Diese Erwerbszweige haben hier ihr natürliches Zentrum, da die „Salle de la Redoute“ in der Nähe der Zentralthallen, dem „Bauch von Paris“, gelegen ist. Hier, in diesem Viertel der Hallen, befinden sich die Bureaux und Gewerkschaften der Bäckergehilfen, der Köche, Kellner, Dienstmädchen, Zudeckbäder, Fleischer, Gemüse- und Mehlhändler, Hotelkellner, Tagelöhner, Ablader u. u. Nächstens sollen noch Filialen der Arbeitsbörse im Faubourg St. Antoine für die verschiedenen Zweige der Möbelschreinerei, im Viertel des Schlachthofes für die Fleischer, in der Glacière für die Gerber errichtet werden.

Das „Proletariat“, Organ der Possibilisten, sagt, daß die Einweihung der ersten Filiale der Arbeitsbörse ein wichtiges Ereigniß für die Zukunft der Arbeiterklasse sei. Das Ergebnis hat die französische Arbeiterpartei als großen Erfolg zu verzeichnen, denn der Vorschlag zur Errichtung einer Arbeitsbörse ging neuerdings von den Sozialisten durchgesetzt. Deshalb war es für die französischen Parteigenossen eine wahre Freude, dieser Einweihung beizuwohnen, die man eine proletarische und sozialistische Feierlichkeit im wahren Sinne des Wortes nennen darf.

Mit der Errichtung der Arbeitsbörse ist ein Stein zum Bau der Arbeiterorganisation im weitesten Sinne gelegt worden, ein solider tüchtiger Grundstein, der sicher dazu beitragen wird, daß sich das stolze Gebäude einer Organisation der Arbeit schnell, fest und prächtig erhebt.

Strafgelder und Lohnabzüge.

(Aus dem Bericht des arbeitsstatistischen Bureaus von Illinois.)

Der Bericht des Arbeits-Statistikers von Illinois scheint eine tüchtige, gründliche Arbeit zu sein. Wir wollen hier ein Kapitel daraus berühren, das die „Freiheit“ des amerikanischen Arbeiters glänzend illustriert. Es handelt sich nämlich um die „Strafen“, Lohnabzüge und sonstige Maßregelungen, welche von den Fabrikanten mit cynischer Frechheit eingetrieben werden.

Von den 37 Fabriken, über welche Berichte vorliegen, wenden 14 das Strafsystem zugeständenermaßen an, 23 dagegen thun es nicht. Letztere 23 beschäftigen 2605 Personen, darunter 2086 weiblichen, 413 männlichen Geschlechts und 106 „Kinder“. Natürlich sind unter den nicht als „Kinder“ bezeichneten Angestellten viele ebenfalls noch nicht 16 Jahre alt. Die 14 Fabriken, in welchen Geldstrafen aufgelegt werden, beschäftigen 3225 Personen, wovon 2463 weiblichen Geschlechts und 281 „Kinder“ sind.

In einer Corset-Fabrik, welche 787 Personen, darunter 750 „Frauen“ beschäftigt, existirt eine Sammlung draconischer Regeln, durch deren Anwendung an den Angestellten unaufhörlich Erpressungen verübt werden. Die Stückerbeiter werden wegen Abwesenheit gestraft, die im Tagelohn beschäftigten Personen müssen bluten, wenn sie nach Ansicht der Werkführer nicht ein genügendes Arbeitsquantum geliefert haben. Für ein „Lachen“ wird 10 bis 25 Cents (der Cent etwa 4 Pf.) berechnet; „irgend ein ungewöhnliches Geräusch“ kostet die Verüberrin je nach Laune der Werkführerin 5 bis 15 Cents. Ferner müssen die Arbeiterinnen Zwirn und Nadeln von der Gesellschaft kaufen und zwar zu Preisen, welche von dieser nach Belieben festgesetzt werden. Für eine Spule Zwirn, die sie anderswo für 14 Cents kaufen können, müssen sie der Gesellschaft 38 Cents zahlen. — Es wird den Arbeiterinnen nicht gestattet, ihr Arbeits-Material während der Arbeitszeit einzukaufen, und obgleich sie für die betreffenden Gegenstände noch höhere Preise zahlen müssen als sonst, wenn sie dieselben während der Arbeitszeit holen, so wird ihnen für dieses schwere Vergehen doch auch noch eine Extra-Strafe auferlegt; innerhalb der Arbeitsstunden gehört jede Sekunde dem „Herrn“. Aber, abgesehen von allen diesen „Regeln“ und „Bestimmungen“, können die Angestellten beim besten Willen in den meisten Fällen nicht erfahren, weshalb sie Strafe zahlen müssen. In den meisten Fällen nämlich werden die Strafen willkürlich verhängt. Eine Arbeiterin erklärte dem Kommissär gegenüber, sie hätte „die 27 Dollars (1 Dollar etwa 4 M.) betragende Summe ihrer Strafen aus dem Conto ihrer Einnahmen gestrichen und dem Hesse ihrer Werkführerin gut geschrieben.“ Der Kommissär selber erklärt,

daß die von der Firma angekündigten Regeln nur für einen geringen Theil der Strafen Erklärungen geben und dieselben zumeist willkürlich verhängt werden müssen. „Die Arbeiterinnen geben an, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen auch die Tüchtigsten von ihnen nicht mehr als 50 Cents bis zu 1 Dollar verdienen können. Hiervon kommen die Strafen, die „Anrechnungen“ u. s. w. in Abzug. Ein Herr, welcher mit den Verhältnissen vertraut zu sein behauptete, sagte, daß die Strafen in diesem Etablissement sich auf 100 Dollars per Woche belaufen. Er versicherte dem Kommissär, daß sich am letzten Jahrtage die Zahl der auf 6500 Dollars belaufen habe, die Strafen aber hätten 200 Dollars betragen.“ Die Arbeiterinnen sind einstimmig der Ansicht, daß die Strafen wöchentlich gegen 10% von dem Lohne jeder einzelnen Angestellten ausmachen. Ein Mädchen sagte aus, sie hätte zwei Wochen lang für diese Gesellschaft gearbeitet und in der Zeit 8 Dollars verdient. Nachdem sie aber „Zwirn, Reparaturen und Strafen“ bezahlt hätte, seien ihr 13 Cents übrig geblieben!

In dem Bericht werden dann eine Anzahl ähnlicher statistischer Angaben über mehrere Fabriken und die Ansichten mehrerer Fabrikanten gebracht, nach denen das Strafsystem einen demoralisirenden Einfluß auf die Beziehungen zwischen Fabrikanten und Arbeitern hat.

„Die Mäntel-Fabrikanten haben eine Union, zu welcher nur zwei von ihnen nicht gehören. Wird irgend einer der Angestellten entlassen oder geht er in Folge von Differenzen mit dem Arbeitgeber freiwillig aus der Arbeit, so kann dieser, falls es ihm paßt, alle anderen Mitglieder der Union davon benachrichtigen; wer von diesen nun einen solchen Arbeiter beschäftigt, ohne vom Präsidenten der Union Erlaubniß dazu zu haben, macht sich einer Strafe von 500 Dollars schuldig. Da hätten wir den Boycott gegen die Arbeiter.“

In einem Kohlenbergwerk streikten die Arbeiter vor etlichen Jahren. Der Streik schlug fehl. Als die Streiker aber an die Arbeit zurückkehren wollten, da wurde ihnen in aller Gemüthsruhe mitgeteilt, daß sie nicht glauben dürften, man würde ihnen die Sache so ruhig hingehen lassen. Sie mußten jeder erst 25 Dollar (100 Mark) Strafe zahlen, ehe man ihnen wieder Arbeit geben werde. Und richtig, die armen Leute mußten dieses Wuchergeld zahlen!

Und da giebt es noch Leute, welche meinen, die Sklaverei sei abgeschafft.

Betrügerische Geschäftspraktiken.

Die immer heftiger werdende Konkurrenz der Kapitalisten untereinander, der immer erbittertere Kampf um den Absatz hat zu immer betrügerischeren Geschäftspraktiken der Besitzenden geführt. Ein englischer Kommissionsbericht über die Fälschung der Handelsmarken giebt darüber manderlei zu lesen. Wir wollen nur auf Folgendes hinweisen. Es werden häufig deutsche Eisen- und Stahlwaaren ohne Fabrikzeichen in England eingeführt und daselbst in kaltem Zustande (gewöhnlich geschieht es im heißen) mit der Marke eines Sheffielder Hauses versehen und so auf heimathlichen und fremden Märkten zu hohen Preisen als britisches Erzeugniß verkauft. Die Thatsache ist im Handel so bekannt, daß neulich ein Kaufmann in Bombay eine Ordre auf Messerwaaren nach Solingen mit der Bemerkung überschrieb, folde „Warranted Sheffield“ zu stempeln. Die ausgiebige Täuschung wird übrigens auch noch in anderer Weise betrieben; ganz ordinäre Waare ist gewöhnlich mit englischen Firmen versehen, die thatsächlich nicht existieren. Scheeren sind „Stahl“ markirt, während sie aus Eisen hergestellt, und Feilen werden als mit der Hand gearbeitet bezeichnet, obgleich sie mit Maschinen gefertigt sind. Dann kommen gewisse Produzenten den Handelsmarken gut renommirter Firmen so nahe, daß die aufmerksamste Beobachtung nöthig ist, um den Unterschied zu entdecken. So ist z. B. „Rogers, Sheffield“ eine bekannte Marke und wird von einem Deutschen, Namens „Notgens“ täuschend kopirt, indem das Handelszeichen des Engländers — ein Malteserkreuz und Stern — dem Namen beigefügt ist. Der Betrug, der von englischen Baumwollenwaaren-Fabrikanten ausgeübt wird, ist noch viel toller. Das System, Garne sowie Stückwaaren mit unrichtigem Längenmaß auszuzeichnen, hat so überhand genommen, daß Häuser, die sich aus Grundrissen der Ehrlichkeit dagegen sträuben, schließlich gezwungen sind, das schlechte Beispiel nachzuahmen, weil sie anderenfalls ihre Kundschaft verlieren. Diese Täuschung findet besonders im Geschäfte mit Indien statt. Natürlich sind die Fabrikanten, Manchester Exporthäuser, sowie die Großhändler in Bombay, Kalkutta oder Madras mit dem Kniffe bekannt und der Schaden fällt demnach lediglich auf den Detaillisten und das Privatpublikum. Ein anderer offener Mißbrauch wird durch absichtliche Anwendung irriger Bezeichnungen geübt, wie bei Zigarren, die meistens als „Havana“ beschrieben sind, obgleich sie in England oder Deutschland von Tabak gemacht wurden, der nie von Havana kam. Es werden sogar wirkliche Havanakisten zu hohen Preisen angekauft, um darin die imitierten Zigarren zu packen und auf diese Weise die Täuschung noch weiter zu führen. Mit Meeresschaum- und anderen Pfeifen und Bernsteinwaaren wird ein gleicher Unfug getrieben, der eine solche Höhe erreicht hat, daß Niemand mehr mit Sicherheit darauf rechnen kann, diejenigen Artikel zu bekommen, die er zu kaufen beabsichtigt, wenn er nicht eine gründliche Sachkenntniß von allen Waaren besitzt. Die gerühmte „Ehrlichkeit im Handel“ ist derart, daß man in London keine unverfälschte Butter oder Milch kaufen könnte, wenn das Gesetz zum Schutze

der Käufer, das im Interesse der öffentlichen Gesundheit erlassen wurde, nicht mit äußerster Strenge gehandhabt würde. Seitdem große Quantitäten von ausländischem Hammel- und Rindfleisch nach England geschickt werden, verkaufen die Mehrzahl Londoner Metzger derartiges Fleisch, das kaum den halben Preis des englischen werth ist, als britisches und betrogen dadurch das Volk, das inbezug unter den heutigen Verhältnissen kein Mittel hat, sich gegen solche Gemeinheiten zu schützen.

Gesetzliche Bestimmungen, betreffend die Kinderarbeit in verschiedenen Staaten.

In **England** ist nach den allgemeinen Bestimmungen, welche für einzelne Gewerbszweige durch eine Reihe von Spezialbestimmungen theils ergänzt, theils modifiziert worden, das Minimalalter auf 10 Jahre festgesetzt, Sonntags- und Nachtarbeit, ferner die Arbeit am Weihnachtstag und Charfreitag ist verboten, außerdem ist die Gewährung von acht halben Feiertagen im Jahre festgestellt. Es bestehen zahlreiche Vorschriften zur Verhinderung gesundheitschädlicher oder sonst gefährlicher Beschäftigungen. Die Beschäftigung ist geregelt nach dem System der täglichen Reicharbeit oder dem System der Arbeit an ungeschichtigen Tagen, worüber detaillierte Vorschriften bestehen. Die schützenden Bestimmungen beziehen sich auch auf die Werkstätten und die Hausindustrie.

In **Frankreich** ist das Minimalalter für die Beschäftigung in Fabriken, Hüttenwerkstätten und Bauhöfen auf 12 Jahre festgesetzt. Kinder dürfen aber vom 10. Jahr ab, auf Grund von Ausnahmebestimmungen, fast in der gesamten Textilindustrie, in der Papier- und Glasindustrie beschäftigt werden. Auch die Nachtarbeit für Kinder von 12 bis 14 Jahren ist in der Papier-, Zuder- und Glasindustrie und in der „metallurgischen Industrie“ gestattet, sofern dieselben mit permanenter Feuerung arbeiten. Im Uebrigen ist die Nachtarbeit und die Arbeit am Sonntag und an anerkannten Feiertagen verboten. Die Maximalarbeitszeit für Kinder unter 12 Jahren beträgt 6 Stunden, für Kinder von 12 bis 14 Jahren auch 6 Stunden, wenn sie nicht nachweisen, daß sie den ersten Elementarunterricht genossen haben, sonst 12 Stunden mit Erholungsstunden.

In **Rußland** ist das Minimalalter auf 12 Jahre, die Maximalarbeitszeit auf 8 Stunden festgesetzt.

In **Ungarn** beträgt das Minimalalter 10 Jahre. Kinder von 10 bis 12 Jahren dürfen nur mit Genehmigung der Gewerbebehörden in Fabriken beschäftigt werden. Die Genehmigung ist nur dann zu erteilen, wenn der ordentliche Schulbesuch sich mit der Beschäftigung vereinbarlich erweist, oder wenn von Seiten der Fabriken für den Unterricht der Kinder durch Errichtung besonderer Schulen gehörig gesorgt wird. Die Maximalarbeitszeit beträgt 8 Stunden. Sonntags- und Nachtarbeit ist ausgeschlossen.

Italien läßt die Kinderarbeit schon bei einem Minimalalter von 9 Jahren mit einer Maximalarbeitszeit von 8 Stunden zu. Für Arbeiten unter Tag in Bergwerken ist die Beschäftigung von Kindern unter 10 Jahren verboten.

Die **Niederlande** haben nur das Minimalalter auf 12 Jahre festgesetzt.

In **Schweden** beträgt das Minimalalter 12 Jahre, die Maximalarbeitszeit 6 Stunden, mit Ruhepause. Arbeit unter Tag und Nachtarbeit ist verboten. Obligatorischer Unterricht für beschäftigte Kinder ist vorgeschrieben.

Dänemark hat 10 Jahre als Minimalalter festgesetzt und 6 1/2 Stunden inkl. eine halbe Stunde Pause als Maximalarbeitszeit. Auch da ist obligatorischer Unterricht für beschäftigte Kinder vorgeschrieben.

In **Spanien** beträgt das Minimalalter 10 Jahre, die Maximalarbeitszeit 5 Stunden für Knaben von 10 bis 13 Jahren und für Mädchen von 10 bis 14 Jahren, 8 Stunden für Knaben vom 13. Jahre ab.

In den **Vereinigten Staaten** von Amerika bestehen gesetzliche Beschränkungen in 14 Staaten; ein Minimalalter von 10 bis 13 Jahren in 7 Staaten; die Maximalarbeitszeit ist in allen mit 8 bis 11 Stunden reguliert. Obligatorischer Unterricht ist nur in 9 Staaten vorgeschrieben, Nachtarbeit nur in Rhode-Island ausgeschlossen.

Deutschland. Gewerbe-Ordnung von 1869 und Novelle vom 17. Juli 1878 (jetzt G.-O. vom 1. Juli 1883) § 135 ff. § 154. Minimalalter der Beschäftigung in Fabriken, Werkstätten mit regelmäßiger Benutzung von Dampfkraft, Hüttenwerken, Bauhöfen, Werften, Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Brüchen und Gruben 12 Jahre (§ 135). Verbot der Sonntags- und Festtagsarbeit und Nachtarbeit (8 1/2 Uhr Abends bis 5 1/2 Uhr Morgens) und während der von dem ordentlichen Seelforger für den Katechumenen- und Konfirmanden-, Beicht- und Kommunionunterricht bestimmten Stunden (§ 136). Maximalarbeitszeit 6 Stunden mit Unterbrechung von 1/2 Stunde neben 3 Stunden Unterricht (§ 135). Beschäftigung auf Grund einer Arbeitskarte (§ 137) und schriftlicher Anzeige an die Ortspolizeibehörde (§ 138). Nach § 139a kann der Bundesrath für gewisse Fabrikationszweige, welche mit besonderen Gefahren für Gesundheit oder Sittlichkeit verbunden sind, die Arbeit gänzlich untersagen oder von besonderen Bedingungen abhängig machen, ferner für Spinnereien und Fabriken, welche einen ununterbrochenen Betrieb erfordern, Ausnahmen von den §§ 135 und 136 gestatten. Der

nächstfolgende Reichstag kann aber verlangen, daß solche Verordnungen aufgehoben werden. Von dieser Befugniß hat der Bundesrath nach beiden Richtungen (der Schutz-Erweiterung und -Beschränkung) Gebrauch gemacht durch die Verordnungen vom 23. April 1879 betr. Walz- und Hammerwerke, vom 23. April 1879 betr. Glashütten, vom 20. Mai 1878 betr. Spinnereien, vom 10. Juli 1881 betr. Steinkohlenwerke.

Wir wollen dieser Zusammenstellung übrigens gleich die neuesten Mittheilungen anschließen, welche sich in den eben erschienenen Berichten der Fabrikinspektoren Deutschlands über die industrielle Beschäftigung der Kinder und jugendlichen Arbeiter finden. Wir sind hier allerdings auf die Auszüge anderer Blätter angewiesen, da die Inspektionsberichte selber uns noch nicht zugegangen sind.

Hier erhalten wir nun sofort wieder die alte traurige Beobachtung bestätigt: die Zahl der 1886 in den Fabriken und diesen gleichstehenden gewerblichen Anlagen beschäftigten Kinder hat sich nach Ausweis der in den Berichten mitgetheilten Uebersichten gegenüber 1884 von 18 882 auf 21 053, also um 2171 Köpfe **vermehr**t, der Kapitalismus hat auch hier wieder ein Stück ehemals freien Lebens der Arbeiterfamilien für seine Ausbeutungszwecke in Beschlag genommen.

Eine Abnahme der Kinderarbeit fand statt in den Bezirken Breslau-Liegnitz, Arnberg, Köln-Koblenz, Hohenzollern, im Königreich Bayern, in Hessen, Anhalt und Bremen, besonders aber in den preussischen Bergwerken und Aufbereitungsanstalten.

An der Zunahme waren hauptsächlich betheiligt die Bezirke Potsdam-Frankfurt a. O., Minden-Münster, Dresden, Chemnitz, Zwickau, Plauen und Württemberg; die andern in unbedeutenderem Umfange. Schwarzburg-Sondershausen hatte nach den Berichten gar keine Kinderarbeit aufzuweisen. (?)

Der Bericht aus Berlin-Charlottenburg findet die Vermehrung der in den Fabriken beschäftigten Kinder von 12—14 Jahren selber bedenklich, und es wird der Verdacht ausgesprochen, daß die in Ziegeleien arbeitenden schulpflichtigen Knaben durch das unkontrollirte und unbeaufsichtigte Zusammensein mit den älteren Arbeitern auch fittlich Schaden nehmen können. Ebenso wird aus Ost- und Westpreußen, Pommern und Posen über Verwendung von Kindern in Ziegeleien berichtet. Im Allgemeinen wird aus Ost- und Westpreußen eine Abnahme der Kinderarbeit in Folge strengerer Schulaufsicht, also in Folge eines indirekten staatlichen Eingreifens gemeldet. In Pommern nehmen die jugendlichen Arbeiter männlichen Geschlechts nicht unerheblich an Zahl zu. Im Bezirk Minden ist die Zahl der jugendlichen Arbeiter bezüglich der Textilindustrie zurückgegangen, in der Zigarettenfabrikation dagegen gewachsen. Es werden 56 pCt. der jugendlichen Arbeiter, von denen 879 über und 1200 unter 14 Jahren sind, in der Zigarettenfabrikation beschäftigt. Der Bericht beklagt dies und fragt selber, ob nicht ein Verbot der Kinderarbeit oder eine weitere Kürzung der Arbeitsdauer durchführbar sei.

Aus Lüdenscheid im Bezirk Arnberg meldet der Aufsichtsbeamte: „Es ist zugegeben, daß die den Kindern zugewiesene Arbeit allein die Kräfte derselben nicht übermäßig in Anspruch nimmt. Man muß aber berücksichtigen, daß zu der sechsstündigen Fabrikarbeit noch ein dreistündiger Schulunterricht hinzukommt, so daß die Kinder täglich neun Stunden und in der Woche 54 Stunden beschäftigt werden. Die Zeit, in welcher andere Schulkinder lediglich in der Schule beschäftigt werden, beträgt in der Woche nur 32 Stunden, so daß die in den Fabriken arbeitenden Kinder 22 Stunden länger geistig und körperlich angestrengt werden.“ Erheblich war die Abnahme der Kinderarbeit im Regierungsbezirk Köln; 1884 waren deren 102 in Fabriken thätig, 1886 nur noch 16, und zwar sind dies meist aus der Schule bereits entlassene Kinder unter 14 Jahren. Die schärfere Kontrolle, welche über die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen, über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter geübt wird, hat an manchen Plätzen bei den Industriellen eine Abneigung gegen die Einstellung derselben zur Folge gehabt. Dies „beklagt“ die Bergdirektion Saarbrücken, weil „erfahrungsmäßig diejenigen jungen Leute, welche schon frühzeitig zur regelmäßigen Beschäftigung herangezogen werden können, später die geschicktesten Vergleute werden.“ d. h. Vergleute, welche für das Kapital am meisten Profit abwerfen. Aber schon die zweifellos ganz minimale Beeinträchtigung des Profites in Folge des Kinderschutzes ist dem Kapital zu viel. Aus Schwarzburg-Sondershausen wird berichtet, daß im Jahre 1886 zwar gar keine Kinder in den Porzellanfabriken beschäftigt wurden, daß aber dafür etwa 50 Kinder im Alter von 7 bis 13 Jahren in 27 Privathäusern für die Fabrik arbeiten. Da gerade die Behandlung trockener, aber ungebrannter Porzellangegenstände mit gefährlicher Staubezeugung verbunden ist, so wirft der Aufsichtsbeamte die Frage auf, ob diese Art der Hausindustrie nicht reichsgesetzlich zu verbieten sei, und ist der Ueberszeugung, daß durch ein solches Verbot einem frühzeitigen Siechtum der betreffenden Kinder vorgebeugt werden würde.

Dem Geschlechte nach ergibt sich gegen 1884 eine Zunahme der Knaben um 13,8 pCt., der Mädchen um 7,5 pCt.; 1884 waren von 100 beschäftigten Kindern 63,0 Knaben und 37,0 Mädchen. 1886 hat sich das Verhältniß auf 64,3 und 35,7 verschoben.

In den einzelnen Industriegruppen gestaltet sich das Verhältniß folgendermaßen. In der Gruppe

	Knab.	Mädch.
Bergbau, Hütten- und Salinewesen, Torfgräberei	93,4	6,6
Industrie der Steine und Erden	90,2	9,8
Metallverarbeitung	79,3	20,7
Maschinen, Instrumente und Apparate	92,6	7,4
Chemische Industrie	61,1	32,3
Hortwirthschaftl. Nebenprodukte, Fruchtsäfte, Zette, Oele und Firnisse	72,3	27,7
Textilindustrie	50,6	49,4
Papier und Leder	63,1	36,9
Holz- und Schnitzstoffe	79,6	20,4
Nahrungs- und Genussmittel	60,3	39,7
Bekleidung und Reinigung	40,0	60,0
Poligraphische Gewerbe	81,2	18,8
In sonstigen Industriezweigen	71,7	28,3

Bei den jugendlichen Arbeitern ist dieses Verhältniß wesentlich anders. Dem Geschlechte nach nahmen die jugendlichen Arbeiter männlichen Geschlechts um 1,3 pCt. ab, die weiblichen um 0,3 pCt. zu. Das Verhältniß der Geschlechter gestaltete sich 1884 so, daß von je 100 beschäftigten jungen Leuten 64,3 männlichen, 35,7 weiblichen Geschlechts waren. 1886 verschob sich das Verhältniß auf 63,9 und 36,1.

Schlüsse aus diesen Mittheilungen zu ziehen, unterlassen wir, bis die Inspektionsberichte selber in unserem Besitz sind.

Kleine Mittheilungen.

Der **Skandal Cassarel in Paris** giebt der „Frank. Ztg.“ Anlaß zu folgenden treffenden Bemerkungen: „Ein französischer General ist dieser Tage verhaftet worden, weil er einen schwindehaften Ordenshandel betrieben haben soll. Die deutsche chauvinistische Presse jubelt. Es sei, wird erklärt, eine gerechte Strafe des Schicksals für die Spionenhöhe, daß nunmehr ein General in einer der vertrauensvollsten Stellungen sich unter solch schmachvoller Anklage befinde. Gut, wenn der Cassarel mit Dekorationen geschadert hat, so verdient er eine gehörige Strafe. Aber warum giebt es überhaupt solche Dekorationen? Nichts beweist mehr, daß Frankreich eine Bourgeois-Republik ist, daß in ihr die Besitzenden, die Männer des mobilen und des immobilien Kapitals, die erste Geige spielen, als dieses Kolorit mit buntem Filz. Unsere Bourgeoisie ist ordenslaster. Der Markt der Gittelleiten, auf dem sich die Leute der „besseren“ Gesellschaft drängen, zeigt uns die Ordensnarren unter den Gitteln der Güten. Durchaus undemokratisch ist die Sitte, durch Orden „Verdienste“ auszugemeinern. Der Bürger, der sich um die Wohlfahrt des Gemeinwesens verdient macht, erfüllt nur seine Bürgerpflicht. Die Achtung seiner Mitbürger soll ihm die einzige Belohnung sein, die er erzieht. Wer wird dekoriert? Der Großindustrielle, der reiche Grundbesitzer, der Börsenfürst, sie ruhen nicht, bis ihnen ein rothes oder blaues oder sonstwie gefärbtes Bändchen die Oede des Knopfloches angenehm belebt. Monsieur Bismarck beschäftigt dreitausend Arbeiter, er häuft Reichthum auf durch seine Arbeiter, Bismarck wird dekoriert, weil er exploitirt, ausbeutet. Monsieur Fainant besitzt so und so viel Tausend Tagewerk Land, viele Duzende von Bäckern plagt sich im Schwelge ihres Angeichts, um dem Eigenthümer von Grund und Boden die Pacht und sich ein Stückchen Brod zu schaen. Fainant wird dekoriert, weil er die Grundrente einfassirt. Monsieur Dorante spielt an der Börse, gründet und schließt dabei seine Schiffe nach Herzogthum. Dorante wird dekoriert, weil er spekulirt. Man hat es zu thun mit einem Skandal, der sich in den Salons der Reichen und Vornehmen abspielt, mit einem Skandal, der seine Quelle hat in der blinden Renommisterei gedankelner eiler Tröpsel, die die Hohlheit ihres Innern durch den Glanz eines Ordenskreuzes maskiren wollen. Eine interne Streitfrage der „höheren“ Gesellschaft ist's, so recht geeignet, das Köderwerk bloßzulegen, das den Mechanismus dieser sozialen Schichten in Bewegung setzt. Dekoration auf Dekoration schüttelt Herr Grevy aus seinem Aermel, der Bürger-Präsident, der Schwiegervater des leichtfertigen Herrn Wilson. Aber die Welt ist rasch vertheilt, das Ordensbudget wird für gewöhnlich nicht überschritten, und es giebt noch so viele Leute, die nach einem Orden schwachen, wie das Mädchen nach dem Geliebten, der Lieutenant nach Beförderung, ein Nationalliberaler nach einem Blick von JHM, wie ein Münchener nach einer Hofbrauhaus-Rat. Diese Ordenshungerigen mit dem unbefriedigten Appetit gehen die Schleimwege, treiben die Hintertreppchenpolitik, mit welcher der Cassarel sich befaßt haben soll. Roralthies Deutschland, entrühte Dich fittlich, so etwas kommt bei uns nicht vor. — Nur schade, daß der Inzeratenthell des „Klabberdatsch“ und anderer „Gentlemen“-Blätter Annoncen aufweist, in welchen diskrete Vermittlung denen angeboten wird, die einen Orden haben möchten — denen, die nicht alle werden.“ — Bei dem Streite, wer der größte Lump ist, General Cassarel oder Herr Wilson, der Schwiegerjohn Grevy's, wird natürlich die ganze Korruption unserer Bourgeoisie, die Geldgier und schamlose Gewinnung der Bourgeoisgrößen mitunter auf das Beschämendste bloßgelegt. Von Herrn Wilson erzählt man z. B.: Im vergangenen Winter, schreibt die „Lof. Ztg.“, als der Schnäbel-Fall Europa in Kriegsangst versetzte, ließ er sich zu gewaltigen Börsenspekulationen à la baisse verleiten, die gegen ihn ausflogen und bei denen er Hunderttausende verlor. Der „Soubdit der Pariser Börsenmakler“, Herr Hart, mußte zwar damals öffentlich erklären, an den umlaufenden Gerichten sei kein wahres Wort, Herr Wilson habe nicht gespielt und nicht verloren; aber auf der Börse nannte man einander die Vermittler, welche für Herrn Wilson gearbeitet hatten, mit Vor- und Junamen und gab genau an, in welchen Papieren er gespielt und wie viel er verloren habe. Duzende von Personen in allen Stellungen konnten gedruckte Briefe des Herrn Wilson zeigen, in denen er, auf irgend ein Gesuch oder Anfrage antwortend, versprach, „in ihrer Angelegenheit das Gewünschte zu thun.“ und ihnen gleichzeitig empfahl, sich auf sein Blatt „La petite France“, das in Tours erscheint und in zahlreichen anderen Provinzialstädten Abnehmer hat, zu abonniren. Man weiß, daß er, ohne dazu ein gesetzliches Recht zu haben, seine sämtlichen Privatbriefe mit dem Namenszuge des Präsidenten der Republik templet und ihnen dadurch Postfreiheit (!) verschafft. Man erzählt sich schon lange, daß er an Militär- und anderen Lieferungen Antheil hat, und es ist unmöglich, nicht zu bemerken, daß er in allen Ministerien zahllose Angelegenheiten betreibt. Personen empfiehlt und Begünstigungen verlangt, die ihm natürlich nur als dem Schwiegerjohn des Herrn Grevy gewährt werden. Man nimmt nun an, daß Wilson diese Thätigkeit für alle möglichen Wirtsteller nicht bloß wegen eines einfachen Abonnements auf seine sehr billige „Petite France“ entfalte, sondern dazu durch gewichtigere Beweggründe bestimmt wurde. Es wird ihm vorgeworfen, er habe ungefähr alle Unternehmer, welche an seinem prächtigen Wohnhause mitgearbeitet haben, mit der Ehrenlegion auszeichnen lassen, hat ihre Rechnungen zu bezahlen. In diesem Falle sollen sich befinden: der Baumunternehmer Bachellery; der Kunstschlosser Bernard, der für ein Treppengeländer aus geschmiedetem Eisen im Werthe von 30 000 Francs kein Geld, sondern das rothe Bändchen bekommen habe; der Biergärtner Demys, der mit dem „mérite agricole“, genannt „Grünfram-Orden“, abgefunden worden sei; der Elektriker Boin

und der Steinmetz P. J. Cantini aus Marseille, der für alle Skamine und sonstigen Marmorarbeiten bloß 14 000 Francs verlangt habe, während seine Mitbewerber 48 000 und 52 000 Francs forderten. Herr Wilson leugnet natürlich die Wahrheit dieser Beschuldigungen, aber eine auffallende Thatsache bleibt es immerhin, daß die genannten Gewerbetreibenden kurz nach Vollendung des Wilson'schen Banes Orden erhielten. — Man weiß wirklich nicht, worüber man mehr staunen soll: über die geschäftliche Gerissenheit der Ordensverleiher oder über die blöde Beschränktheit der Ordensempfänger. Jedenfalls brauchen die Arbeiter nicht betrübt darüber zu sein, daß sie nicht zu dieser „guten Gesellschaft“ gehören.

Wie Fabrikinspektoren mitunter „berichten“. Jede für die Arbeiter bestimmte Einrichtung und Behörde läuft unter dem Druck des Unternehmertums Gefahr, ihren ursprünglichen Charakter zu verlieren und mehr oder minder zu einem Werkzeug des Kapitalismus zu werden. Auch die Fabrikinspektoren unterliegen leider häufig dieser Gefahr, indem sie zu wenig Fühlung mit den Arbeitern unterhalten und ohne Prüfung die Meinung der Unternehmer annehmen und mit ihrer ganzen Autorität weiter verbreiten. Der Arbeiterfrage ist dadurch schon viel geschadet worden. Zu welchen Einseitigkeiten es mitunter führt, wenn der zur Vertretung der Arbeiterinteressen berufene Beamte keine Informationen beim „Herrn Chef“ holt, dafür heute nur ein Beispiel. Im eben erschienenen Bericht des sächsischen Gewerberathes Siebdrath (für das Jahr 1886) heißt es über den Streik der Siemens'schen Glasmacher in Dresden: „Da ein Glasmacher der Siemens'schen Glashütten im Jahre 1884 im Durchschnitt 2287 M. und nach Abzug der Löhne für die Gehilfen mindestens 1600—1800 M. verdiente, so muß die durch Hegeereien gewissenloser Agitatoren herbeigeführte Arbeitsminderung der Siemens'schen Glasmacher im Sommer 1886 nicht nur als Undankbarkeit gegen die Arbeitgeber, sondern auch als ein frivoles Spiel mit dem Wohl und Wehe einer Menge von Familien gelten, welche lange Zeit nur von Streikunterstützungen leben konnten. Die Folge dieser Arbeitsminderung war, daß viele Arbeiter von Auswärts zuzogen, die jüngeren Glasmacher von Dresden weggingen, die Verheiratheten aber erst nach vollständig beendetem Streik, theilweise nach langem Bitten und bitteren Erfahrungen, wieder angenommen wurden.“ — Nach dieser „Berichterstattung“ zu urtheilen, muß sich der Herr Fabrikinspektor sehr eingehend mit dem Dresdener Streik befaßt haben, vielleicht mehr als nöthig; daß er sich hierüber keine Informationen aber nicht bei den Arbeitern geholt hat, geht deutlich genug aus der Fassung des Berichtes hervor. Nach dem „Nachgehenden“, dem sehr tüchtigen „Organ für die Interessen des Glasarbeitergewerbes“, verhält sich die Sache nämlich folgendermaßen: „Nach dem offiziellen Bericht hat ein Glasmacher ohne Gehilfen, also für sich, 1600—1800 M. verdient. Möglich, daß diese Summe von einem Glasarbeiter verdient wurde, aber dies von allen im Durchschnitt zu behaupten, ist mindestens sehr gewagt. Doch lassen wir das. Was aber der 1884er Arbeitslohn mit der Arbeitsminderung von 1886 zu thun haben soll, ist absolut unbegreiflich. Der 1886er Streik ist den Arbeitern durch eine drakonische Arbeitsordnung oktroirt worden, die nichts weiter als einen Minderverdienst zur Folge haben mußte. Und seit dem Jahre 1874 sind die Dresdener Glasmacher theils durch Lohnaufzungen, theils durch andere, ihren Interessen schädigende Anordnungen in steter Aufregung erhalten worden. Die „gewissenlosen Agitatoren, welche ein frivoles Spiel mit dem Wohl und Wehe der Arbeiter und ihrer Familien treiben“, sind ganz wo anders zu suchen, als in den Kreisen, denen man aus vollständiger Unkenntnis der Verhältnisse, die Schuld an dem Widerstande der Arbeiter beizumessen sich berufen fühlt. Daß es um das Loos der Arbeiter vor dem 1886er Streik nicht glänzend bestellt war, geht ja schon genügend daraus hervor, daß die Arbeiter von den Streikgebern leben mußten, d. h. also, daß sie vorher „Ersparnisse“ nicht machen konnten. Ebenso wenig läßt die Thatsache, daß die jüngeren Glasmacher fortzogen, auf ein vorher bestandenes günstiges Verhältniß schließen. Daß die Verheiratheten, bezw. älteren Glasmacher erst nach langem Bitten angenommen wurden, zeugt ebenso für die fragwürdige Existenz derselben, als für die vielgerühmte Arbeiterfreundlichkeit, deren die Arbeiter theilhaftig wurden. Um sich von der „günstigen Situation“, in welche sich die zugezogenen Arbeiter und auch diejenigen, welche wieder „in Gnadens“ aufgenommen wurden, begaben, zu überzeugen, hätten wir es für unerlässlich gehalten, daß sich der Herr Fabrikinspektor bei den Betr. Arbeitern erkundigt hätte, dann wäre er sicherlich nicht zu Schlüssen gekommen, die vom Standpunkte der Objektivität ein für allemal nicht gebilligt werden können.“ — Auch gegen die sehr rosig gezeichnete der sanitären Verhältnisse in den Establishments der Glasindustrie wendet sich der „Nachgehende“ in sehr scharfer Weise, indem er folgende Fragen an den Fabrikinspektor richtet: „Haben Sie einmal die Arbeiter (an den neuen Wannenöfen) in voller Thätigkeit, eingeeignet auf einen der erforderlichen Bewegungsfreiheit hinderlichen Arbeitsraum arbeiten sehen? Haben Sie den Grad der Wärme, welche der Ofen und die denselben umgebenden Nebendöfen ausströmen und die durch die Einwirkung der Atmosphäre von außen, bei warmen Tagen, noch besonders erhöht wird, bei voller Arbeit gemessen? Haben Sie sich vergewissert, woher es kommt, daß die Arbeiter es oft nur höchstens 5 Minuten auf ihrer Werkstelle auszuhalten vermögen und sich gleich badenden Mäusen in die kühlenden Winkel der Fabrik verkriechen? Haben Sie gesehen, wie diese Arbeiter durch Rauch, Staub und Gase, welche durch Füllung der Öfen mit Kohlen oder deren Reinigung entstehen, in ihrer angestrengten Arbeit belästigt werden? Haben Sie auch die sogenannten Kanäle, welche zur Reinigung der Feuerungsanlagen dienen, einer Revision unterzogen und auch diese in gesundheitlicher Beziehung allen „gerechten“ Anforderungen entsprechend befunden? Und endlich, haben Sie sich vielleicht über all diese Dinge, auch bei den Arbeitern dieser Fabrik etwa in deren Behauptungen Aufschluß geholt? Wir vermuthen, daß dies nicht der Fall ist, denn sonst müßten Sie auch etwas über die gesundheitlichen Verhältnisse der Arbeiter in Erfahrung gebracht haben.“ — Hier werden die Fabrikinspektoren in Zukunft Vieles an sich bessern müssen, wenn sie es mit ihrem Berufe ernst nehmen. Freilich ist damit noch lange nicht alles in unserer Fabrikindustrie gebessert. In letzter Linie kann dieselbe allein wirksam doch nur von den theilhaftigsten Arbeitern selber geübt werden, die nicht, wie die Aufsichtsbeamten, jedes Jahr einmal ein paar Stunden, sondern den ganzen Tag in den Fabriken stehen und die daher jeden Mißstand täglich und stündlich empfinden. Leider dürfen sich heute die Arbeiter nicht einmal über ihre eingeengten Angelegenheiten beraten und beschreiben, und so wird selbst der geringe Arbeiterstand, den das Gesetz bisher gewährt, zum großen Theil auf dem Papier stehen bleiben. Wann wird das anders werden?

Auf Massenhandlungen scheinen sich die Berliner Arbeiter gefaßt machen zu müssen. Während im Anfang dieser Woche im 5. Reichstagswahlkreise nicht weniger als sechs Handlungen stattfanden, erfahren wir heute wiederum von zwei neuen. Die eine galt Herrn Kaufmann, Rüdersdorferstr. 12; die Beamten sollen mit Personen und Sachen gerade nicht sehr freundlich umgesprungen sein. Fast zur gleichen Zeit — nach 8 Uhr früh — wurde der Arbeiter Labigle, Waldemarstr. 37 wohnhaft, in der Dranienstraße von „zwei Gehrmann“ zur Wache geführt, wo man 1 Sozialdemokrat und für M. 2,50 Sammelbons bei ihm fand. Die beiden Beamten nahmen alsdann auch eine Hausdurchsuchung vor, ohne daß der Wunsch des L., daß ein höherer Beamter zugezogen werde, erfüllt wurde. Gefunden wurden: 5 Exemplare von Bebel's „Die Frau“, 7 Märchen, 1 Bastille am Plöthensee, 1 Anti-Syllabus, 20 Ceterum Censio, etwa 35 Exemplare von „Was die Sozialdemokraten wollen“, 40—50 Programme, 14 Nummern des „Sozialdemokrat“. Selbst Hefte von Dieb-

Internationaler Bibliothek und ein Deklamatorienalbum wurden mitgenommen, aber auf dem Kolonnenmarkt nach fünfständiger Vernehmung wieder zurückgegeben. L. verweigerte jede Auskunft und erhielt trotz seines Verlangens nicht einmal eine Bescheinigung über das Beschlagnahmte.

Auch in der Grünauer Affäre finden, wie wir erfahren, fortwährend Sitzungen und Verhöre statt. Man schätzt die Zahl der Bernommenen bereits auf über Hundert und diese Zahl wächst täglich. Man darf darnach wohl auf einen Konfliktprozess von größter Ausdehnung gefaßt sein.

Der verschundene Beitragssammler der Tischler-Centralkasse, Herr Schier, ist am Dienstag verhaftet worden. Er behauptet, man habe ihm das Geld gestohlen.

Bereine und Beriammlungen.

Streik. Den Schrauben-, Façondreher- und Verussgenossen hiermit zur Kenntniß, daß wir sämmtlich die Arbeit bei der Firma F. Rosenbaum, Fennstr. 50/51, wegen Preisreduzierung niedergelegt haben. Wir ersuchen alle Kollegen, den Zugang fernzuhalten. Die Kollegen von der Firma F. Rosenbaum.

Warnung für Klavierarbeiter. Unterzeichneter Vorstand ersucht die Mitglieder des Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter, die Piano-Fabrik von Balingen u. Co., Wasserthorstr. 9, zu meiden und den Zugang fernzuhalten. Die Kollegen in dieser Fabrik sind mit der Firma in Differenzen gerathen, weil sie es mit den Ansichten eines rechtlich denkenden Arbeiters für unvereinbar halten, unter den gestellten Bedingungen zu arbeiten. S. Schaar, Vorsitzender, Reichensbergerstr. 125.

Die Offenbacher Central-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen (G. S. 26) hielt am Montag in Gradow's Bierhallen eine Haupt-Versammlung ab. Zu Punkt 1 der Tagesordnung wurde vom Kassirer Herrn Schieß der Kassensbericht vom 3. Quartal v. l. Darnach betrug die Gesamteinnahme 5899,10 M., die Ausgaben 5792,44 M.; der Kassenbestand am Schluß des 2. Quartals 676,22 M., bleibt ein Kassenbestand von 782,78 M. Darauf wird dem Kassirer Decharge erteilt. Ein aus der Versammlung gestellter Antrag, den Männern das Wort zu erteilen, deren Frauen Mitglieder der Kasse sind, wurde angenommen und beauftragt sich mehrere Herren an der Debatte. Der zweite Punkt der Tagesordnung wird getrichen, da eine Ergänzungswahl zum Vorstande nicht als notwendig erachtet wird, indem im Januar die Neuwahl des Gesamtvorstandes stattfindet. Zu Punkt 3 der Tagesordnung wird Fr. u. Schulz als zweite Vorsitzende gewählt, da es das Bestreben des Vorstandes ist, daß eine Frauenkasse auch zum größten Theil von Frauen verwaltet werden müsse. Alsdann wird das Stiftungsfest berührt, welches Sonnabend, den 22. Oktober, im City-Hotel stattfindet, und zu reger Theilnahme aufgefordert. — Die vom Central-Vorstande eingehenden Abrechnungen und Flugblätter werden in der Versammlung vertheilt und knüpfte sich hieran eine recht lebhafteste Debatte, auf welche Weise der Kasse mehr Mitglieder zugeführt werden könnten. Es wurde von Herrn Köwer empfohlen, beim Central-Vorstande eine Geldbewilligung zu erwirken und dann durch Ertrabellagen in einigen größeren Tageszeitungen die Kassenverhältnisse des größeren Schichten der Arbeiter Berlins zu schildern und wurde ein dahingehender Antrag angenommen. Hierauf ersuchte Herr Karge die Anwesenden, recht zahlreich dem Sanitätsverein beizutreten. Frau Zug sprach sich mißbilligend gegen das Verhalten des Vereins aus, indem sie anführte, daß weiblichen Mitgliedern genannten Vereins der Zutritt zu den Versammlungen verweigert werde, im Uebrigen aber empfahl sie den Verein und meinte, wenn die Damen recht zahlreich demselben beitreten, dann würden auch diese Umstände beseitigt werden. Neue Mitglieder zur Central-Kranken- und Begräbniskasse werden aufgenommen: beim Kassirer, Herrn Th. Vielesfeld, Brüdenstr. 4 im Laden, beim Kassirer, Herrn Georg Schieß, Friedrichstr. 154, G. III, Frau Grothmann, Bernauerstr. 76 im Keller, Frau M. Schneider, Blumenstr. 29, Frau Strauß, Mehnerstr. 1, III, Frau J. Schneider, Raumstr. 60 im Keller.

Im Fachverein der Gas-, Wasser- und Heizungsrohrlieger referirte in der letzten Versammlung bei Niesl, Kommandantenstr. 71/72, Herr Pirich über das Thema: „Die stellen wir uns zum Arbeitsnachweis der Meister?“ In der jüngsten Zeit hätten die Arbeiter, in der richtigen Erkenntniß, daß das „wilde Arbeit studen“ des Einzelnen durchaus nicht den Interessen der Gesamtheit entspräche, die Regelung des Arbeitsnachweises in die Hand genommen. Auch der Fachverein der Rohrlieger habe einen unentgeltlichen Arbeitsnachweis errichtet, welchem große Schwierigkeiten durch den Meister-Arbeitsnachweis bereitet würden. Von dem Rohrlieger, der vom Meisterverein Arbeit erhält, verlange man, daß er den Fachverein verleihe. — Hierauf nahm die Versammlung folgende Resolution an: „Die heutige Versammlung des Fachvereins der Rohrlieger verpflichtet sich, nur für den Arbeitsnachweis des Fachvereins der Rohrlieger zu agitiren und denselben nach wie vor aufrecht zu erhalten.“ — Nachdem der Referent noch alle Anwesenden aufgefordert, tüchtige Agitatoren für den Fachverein zu sein, damit derselbe auch das leisten könne, was er sich vorgenommen, schloß er mit einem „Glück auf zur Agitation!“

Die Vereinigung der Drechsler Deutschlands — Ortsverwaltung Berlin — hielt am 18. Oktober in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstraße 48a, ihre erste ordentliche Versammlung ab. Das Referat über „wech und Ziele der Vereinigung“ hatte der Delegirte der Berliner Gewerkskollegen auf dem deutschen Drechslerkongress übernommen. Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe in sachlicher, eingehender Weise. Nach einer Diskussion richtete sodann die Versammlung in einer Resolution an alle Gewerkskollegen die dringende Aufforderung, der „Vereinigung“ beizutreten. Die Versammlung erteilte sodann den Bericht des Vorstandes der hiesigen Ortsverwaltung, betr. die Verfügung des Polizeipräsidenten, wonach die „Vereinigung“, weil sie auch bestimmte unterrichtliche arbeitsloser und reisender Mitglieder bezwecke, als Versicherungsanstalt der staatlichen Genehmigung bedürfe. Die Versammlung beschloß hierzu, „in Erwägung der für das fernere Bestehen der Vereinigung der Drechsler Deutschlands, insbesondere deren Ortsverwaltungen in Preußen durchaus notwendigen Abänderungen des Statuts: Der Vorstand in Einverständnis mit dem Ausschuss möge beschließen: a) die sofort durch Beschluß zu veranlassende thatsächliche Streichung der Bestimmungen der §§ 8, 9 und 10 des Statuts, betreffend die Pflichten der Vereinigung gegenüber deren Mitgliedern bei eintretender Arbeitslosigkeit und Wanderschaft (Reiseunterstützung); b) im Anschluß hieran, eine Abänderung des Statuts der „Vereinigung der Drechsler Deutschlands“ zu vollziehen und zuständigen Orts zur Genehmigung einzureichen!“ Die vorstehende Resolution wurde im Besonderen damit motivirt, daß die Verfügung von Seiten der Behörde nur darauf zurückzuführen sei, daß die Vereinigung unter der statistischen Bestimmung einer Karenzzeit von 26 Wochen die angezogene Unterstützung gewährt in barem Gelde nach fest statistisch normirten Sätzen. Diese Form der Unterstützung sei nach Ansicht der Behörde eine der staatlichen Genehmigung bedürftige versicherungspflichtige Kasseneinrichtung. Eine Regelung ist wohl um so eher zu erwarten, indem die durch den Kongress-Beschluß bereits vorgesehenen Statutenabänderungen eine durchaus freiwillige Gewährung der Unterstützung schaffen, zu der eine staatliche Genehmigung wohl nicht verlangt werden kann. — Die nächste Versammlung der Ortsverwaltung Berlin „Vereinigung der Drechsler Deutschlands“ findet am Dienstag, den 8. November, in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a, statt.

— **Kranken- und Begräbniskasse der Gärtler und Bronzreue** (G. S. 60). Die nächste außerordentliche General-Versammlung findet am Sonntag, den 23. Oktober, Vormittags 10^{1/2} Uhr, im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37, statt. Beiträge werden entgegengenommen und neue Mitglieder aufgenommen vom Redanten Riecherfeld, Dranienstr. 201, vorn 3 Tr., an Wochentagen von 7—10 Uhr Vorm. und 12—2 Uhr Nachm., Sonntags nur von 8—9 Uhr Vorm., sowie in der Zahlstelle von Fleischmann, Dresdenerstr. 80, Montags und Sonnabends von 7—9 Uhr Abends, außerdem täglich in folgenden Zahlstellen: A. Hallwih, Restaurant, Prinzen- und Moritzstrassen-Ecke; C. Klein, Cigarrengeschäft, Ritterstr. 15; Fr. Böhl, Cigarrengeschäft, Bergmannstr. 105; Fohrholz, Restaurant, Weberstr. 13; Knappe, Restaurant, Ackerstr. 69 und P. Fleischmann, Restaurant, Dresdenerstr. 80. — Beschieden sind schriftlich an den Vorsitzenden, Herrn Otto Klein, Ritterstr. 15, rechts part. zu richten.

— Die Versammlung der Metallschleifer Berlins, welche am Sonntag in Niesl's Lokal, Kommandantenstr. 71/72, einberufen war, konnte nicht stattfinden, weil die polizeiliche Genehmigung hierzu nicht erteilt worden ist. — Ferner theilt die Fachkommission der Metallschleifer Berlins mit, daß dieselbe sich mit dem heutigen Tage selbst auflöst, weil es der Kommission nicht möglich sei, nach den Bestimmungen des Statuts zu arbeiten. In einer demnächst einzuberufenden Versammlung beabsichtigt der Kassirer Bericht zu erstatten.

— **Central-Kranken- u. Begräbniskasse für Frauen und Mädchen** (G. S. 26 in Offenbach). Sonnabend, den 22. Oktober, 3. Stiftungsfest, verbunden mit Ball im City-Hotel, Dresdenerstr. 52/53. Billets für Herren 50 Pf., für Damen 30 Pf. sind in folgenden Zahlstellen zu haben: Th. Vielesfeld, Brüdenstraße 4 im Laden, G. Schieß, Friedrichstraße 154, G. 3 Tr., Fr. Grothmann, Bernauerstr. 76 i. K., Fr. M. Schneider, Blumenstraße 29, Fr. Strauß, Mehnerstr. 1, 3 Tr., Fr. C. Schneider, Raumstr. 60 i. K. — Rege Theilnahme erwünscht. — Der Reinertrag ist zu einem Unterstützungsfonds für ausgeheuete hilfsbedürftige Mitglieder bestimmt.

— **Freireligiöse Gemeinde**, Rosenhallerstr. 38. Sonntag, den 23. d. M., Vorm. 10 Uhr. Vortrag des Herrn Dr. Huber über „Ist der Unsterblichkeitsglaube nothwendig zur Glückseligkeit?“ Damen und Herren als Gäste willkommen.

— **Verein deutscher Schuhmacher**. Montag, d. 24. d. M., Abends 8^{1/2} Uhr, in Gradow's Bierhallen, Beuthstr. 8. Versammlung. Tagesordnung: Die Ursachen der epidemischen Volkskrankheiten, Ref.: Herr Sperling. 2. Geschäftliches. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

— **Die Kranken- und Begräbniskasse der chirurgischen Instrumentenmacher, Bandagisten u. verwandter Berufsgenossen** feiert ihr 4. Stiftungsfest am Sonnabend, den 22. Oktober, im „Glasler Salon“, Glaslerstr. 15. Billets sind beim Kassirer zu haben.

— **Interessen-Verein der Ristenmacher**. Mitglieder-Versammlung. Montag, den 24. d. M., in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20. Anfang Abends 8^{1/2} Uhr. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Regner über wirtschaftliche Verhältnisse im Mittelalter und jetzt. 2. Verschiedenes. — NB. Ausgabe der Billets zum Stiftungsfeste, welches Sonnabend, den 12. November, im Establishement Königsbank, Große Frankfurterstraße 117, stattfindet. Auch sind im Arbeitsnachweis-Bureau, Köpplerstraße 55a, bei H. Kuhla von den Mitgliedern deselben Billets zu haben.

— **Der Berliner Sanitäts-Verein für Arbeiter** beiderlei Geschlechts veranstaltet am Sonntag den 23. Oktober cr. in Kaufmann's Varietè am Stadtbahnhof Alexanderplatz, Vormittags 11 Uhr, eine große Matinee, verbunden mit Concert und Theater-Vorstellung, zum Besten des Vereins; wobei das gesammte Künstler-Perfonal von Kaufmann's Varietè auftritt wird. Billets hierzu kosten nur 30 Pf., und sind bei sämmtlichen Vertrauensmännern des Vereins, sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen vorher zu haben; an der Kasse 50 Pf. Um recht rege Theilnahme bittet der Vorstand.

— **Central-Kranken- und Sterbekasse der Drechsler** (G. S. 48), örtl. Verwaltungsstelle Berlin B, Sonntag, den 23. d. M., Vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung, Mariannenstr. 31/32, Industriehallen. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Kassensbericht. 3. Vortrag des Herrn Dr. Jabel. 4. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen ist dringend nothwendig.

— **Unterstützungsverein der Buchbinder**. Am Sonnabend, den 22. d. M., Abends 8^{1/2} Uhr, wird ein mit großartigem Programm ausgeschattetes Vergnügen in der Philharmonie, Bernburgerstraße 22/23a, zum Besten kranker und arbeitsloser Kollegen veranstaltet. Angesichts des guten Wetters sind Freunde und Bekannte zu recht reger Theilnahme freundlich eingeladen. Billets für Herren 75 Pf., für Damen 50 Pf., sind zu haben bei den Herren Paul Schneider, Blumenstr. 29; Otto Schneider, Raumstr. 60; Georg Vöhler, Glisbacherstr. 42; Born, Königsstr. 64; Naupach, Dranienstr. 197, 4 Tr.; Woller, Alexandrinenstr. 116; Fr. Freudentreich, Reichensbergerstr. 3, Hof 3 Tr.; Teubner, Vauffiger Platz 1; Berthoff, Fehrbellinerstr. 52a; ferner in sämmtlichen Zahlstellen der Central-Krankenkasse, sowie in allen mit Plakaten belegten Handlungen.

— **Die Liedertafel der Maler Berlins** feiert ihr erstes Stiftungsfest am Sonnabend, den 22. Oktober, in Niesl's Salon, Kommandantenstr. 71—72. Großes Instrumental- und Vokal-Konzert, verbunden mit tonischen Vorträgen. Anfang des Konzerts präzis 8^{1/2} Uhr Abends. Entree 30 Pf.

— **Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampfarmaturen**. Die zum Sonnabend, den 22. d. M., bei Jordan, Neue Grünstr. 28, anberaumte Versammlung kann nicht stattfinden, da die polizeiliche Genehmigung nicht erteilt worden ist.

— **Krankengeld-Zuschuß- und Begräbniskasse der Berliner Knopfarbeiter**. Außerordentliche Generalversammlung am Sonntag, den 23. Oktober, Vormittags 10^{1/2} Uhr, im Restaurant Mathies, Andreasstr. 26 (Andreasgarten). Tagesordnung: 1. Vierteljahresbericht. 2. Berathung zur Abänderung der Statuten. 3. Verschiedenes. Mitgliedskarte legitimirt. Neue Mitglieder werden vorher aufgenommen. Diejenigen Mitglieder, welche die Stammliste noch nicht unterschrieben haben, müssen in der Versammlung erscheinen, da dieselbe behufs Revision der Behörde vorgelegt werden muß.

— **Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter** (G. S. 29, Hamburg). Filiale Berlin S. Versammlung am Sonnabend, den 22. Oktober, Abends 8^{1/2} Uhr, bei Ackermann, Lothringerstr. 81.

— **Fachverein der Formner und verwandten Berufsgenossen**. Versammlung am Sonntag, den 23. d. M., Vormittags 10 Uhr, in Kaufmann's Lokal, Invalidenstr. 144. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Bohn über Entdeckungsgreifen und Kolonien in Afrika. 2. Diskussion. 3. Schriftführerwahl. Anträge betreffs Stiftungsfest, Verschiedenes, Fragekasten. Um regen und pünktlichen Besuch bittet der Vorstand.

— **Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter**. Versammlung am Sonnabend, den 22. Oktober, in Gradow's Bierhallen, Beuthstr. 8. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Lehrers Kunert über Rücksicht, Stillstand und Vorschreiten in der welthistorischen Erziehung der Menschheit. 2. Vierteljahres-Abrechnung. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimirt.

— **Verein der Parquetbodenleger Berlins**. Sonntag, den 23. Oktober, Abends 6 Uhr, gemüthliche Zusammenkunft im Vereinslokal, Mauernstr. 86.